

**Karls-Universität in Prag  
Philosophische Fakultät  
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte**

**Diplomarbeit**

**Eva Rezková**

**Wandel durch Handel. Die Wegbereiter der Ostpolitik  
in den 50-er und 60-er Jahren**

**Transformation through Trade. The pioneers of the New Eastern  
Policy in the 50s and 60s**

**Prag, 2015**

**Leitung der Diplomarbeit: Doc. PhDr. Michal Pullmann, Ph.D.**

## **Danksagung**

Mein Dank gilt Herrn Doc. PhDr. Michal Pullmann, Ph.D. für die Leitung dieser Arbeit. Herr Doc. Pullmann stand mir jederzeit mit Rat und professioneller Unterstützung zur Verfügung.

## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig, ohne unerlaubte Hilfsmittel und nur unter Benutzung der in der Arbeit angegebenen Literatur erarbeitet habe.

In Prag am 10. August 2015

.....

## **Die Annotation**

Die vorliegende Diplomarbeit „Wandel durch Handel. Die Wegbereiter der Ostpolitik in den 50-er und 60-er Jahren.“ erforscht das Streben der westdeutschen Unternehmer während des Kalten Krieges nach einer Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und mit den Staaten in ihrem Machtbereich. Angesichts der politischen Spaltung Europas in zwei antagonistische Systeme und der verhängten Exportkontrollpolitik der Alliierten über die Bundesrepublik, gestaltete sich die Wiederanknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen äußerst schwierig. Den Gipfel der Bemühungen der Wirtschaftsdiplomaten bildete das „Röhren-Erdgas Geschäft“ aus dem Jahr 1970, das Voraussetzungen für die Neue Ostpolitik schaffte und zu der die Wirtschaftsdiplomaten einen wesentlichen Beitrag leisteten.

## **Abstract**

This thesis entitled „Transformation through Trade. The pioneers of the New Eastern Policy in the 50s and 60s.“ examines the efforts of the German entrepreneurs during the Cold War to revive trade relations with the Sowjetunion and to the states within its sphere of power. Because Europe was divided politically into two antagonistic systems, and due to the embargo imposed on West Germany by the Allied Powers, the entrepreneurs encountered extreme difficulties in their attempts to renew trade. The determined efforts of the economic diplomats, which were fundamental in creating conditions for the new eastern policy, reached their peak in 1970 when the Gas Pipeline Deal was concluded.

## **Schlüsselworte**

Berthold Beitz

Die Embargokontrollpolitik der Westalliierten

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Die Westalliierten

Der Vertrag von Rapallo

Konrad Adenauer

Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft

## **Key Words**

Berthold Beitz

Embargo Policy of the Allied Powers

The Federal Government of the Republik of Germany

The Allied Powers

The Rapallo Agreement

Konrad Adenauer

Committee on Eastern European Economic Relations

## **Inhalt**

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>5</b>
<b>2. Die mühsamen Anfänge in den 50er Jahren .....</b>	<b>10</b>
2.1. Die ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschlands .....	10
2.2. Die wirtschaftlichen Beschränkungen für die Bundesrepublik.....	11
<b>3. Die Gründung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft .....</b>	<b>14</b>
3.1. Der Ablauf des Marshall-Plans .....	14
3.2. Die Moskaukonferenz .....	14
3.3. Die Gründung des Ost-Ausschusses wird vorbereitet.....	16
3.4. Der Ost-Ausschuss wird gegründet.....	17
<b>4. Die schwierigen Anfänge des Ost-Ausschusses .....</b>	<b>18</b>
4.1. Die Vorbedingungen der Wirtschaftsdiplomatie .....	18
4.2. Die ersten Schritte auf der internationalen Bühne .....	19
<b>5. Die gescheiterte Moskaureise.....</b>	<b>22</b>
5.1. Die Vorbereitungen auf die Moskaureise .....	22
5.2. Die Gesprächskanäle wurden aktiviert.....	22
5.3. Das Feld der Wirtschaftsdiplomatie wird abgesteckt.....	24
5.4. Die Motive für die Absage der Moskaureise .....	25
5.5. Die Bewährungsprobe des Ost-Ausschusses .....	26
<b>6. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion .</b>	<b>28</b>
6.1. Die Vorbedingungen für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen .....	28
6.2. Eine Einladung nach Moskau.....	29
6.3. Die Aufnahme der Adenauers Moskaureise bei den Westmächten.....	30
6.4. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen.....	31
<b>7. Der lange Weg zum deutsch-sowjetischen Handelsvertrag von 1958 ....</b>	<b>33</b>
7.1. Die ungünstigen politischen Vorbedingungen .....	33
7.2. Der Ost-Ausschuss übernimmt die Initiative .....	35
7.3. Die Sowjetunion leitet eine Charmoffensive ein .....	37
7.4. Der Anfang der mühsamen Verhandlungen über den Handelsvertrag .....	38
7.5. Der Ost-Ausschuss wuchs zu einem gefragten Partner zu.....	40
<b>8. Otto Wolff von Amerongen.....</b>	<b>42</b>
8.1. Der Anfang Otto Wolffs Karriere .....	42
8.2. Sein Engagement für Osthandel.....	44

8.3.	Otto Wolff von Amerongen nach der Wende .....	46
<b>9.</b>	<b>Berthold Beitz.....</b>	<b>47</b>
9.1.	Die Vorkriegszeit .....	47
9.2.	Seine Rettungsaktionen in Polen.....	48
9.3.	Der neue Beginn nach dem Krieg .....	49
9.4.	Als Generalbevölmächtigte bei Krupp.....	50
9.5.	Der Wegbereiter der Ostpolitik.....	51
<b>10.</b>	<b>Die Verhandlungsstrategien der Wirtschaftsdiplomaten .....</b>	<b>55</b>
<b>11.</b>	<b>Die sechziger Jahre und das Röhrenembargo .....</b>	<b>58</b>
11.1.	Die NATO verhängt das Röhrenembargo .....	58
11.2.	Die Bundesregierung setzt das Röhrenembargo in die Tat um .....	59
11.3.	Die geschäftliche Bilanz der 60-er Jahre.....	60
<b>12.</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>62</b>

## 1. Einleitung

Die deutsch-russischen Beziehungen lassen sich als „Sonderbeziehungen“ bezeichnen. Das gegenseitige Verhältnis zwischen den beiden Ländern durchlief im 20. Jahrhundert dramatische Phasen mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Geschichte Europas. Nicht zuletzt spiegelt sich in den facettenreichen deutsch-russischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts die bewegte Geschichte des Ost-West Konflikts wider. Sebastian Haffner brachte es in seinem Buch „Der Teufelspakt“ 1988 auf den Punkt: *„Die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ist aufregender als jeder Roman. Vergebens sucht man nach einem anderen Beispiel so tödlich-intimer Umarmung und gegenseitiger Verknäuelung und Verstrickung zweier Völker.“* Die Geschichte könnte man aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten: Sei es die diplomatische und wirtschaftliche Annäherung in den 20-er Jahren, sei es die Verteilung der Ostgebieten durch den geheimen Nichtangriffspakt 1939 oder der tragische Zusammenstoß während des Zweiten Krieges und die politische Konfrontation nach dem Jahr 1949. Einen wichtigen Bestandteil bildet das Streben der westdeutschen Industrie während des Kalten Krieges nach einer Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern in ihrem Machtbereich.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und mit den Staaten in ihrem Machtbereich gestaltete sich zu Beginn der 50er Jahre äußerst schwierig. Mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der politischen Spaltung Europas in zwei antagonistische Systeme gelangte das Verhältnis zur Sowjetunion auf einen Tiefpunkt; die traditionell guten Handelsbeziehungen der Weimarer Zeit kamen dadurch zum Erliegen<sup>1</sup>. Weitere Faktoren, die den Aktivitäten der Wirtschaftsdiplomaten entgegenstanden, waren z. B. die von den westlichen Alliierten über die Bundesrepublik verhängte strenge Exportkontrollpolitik, die sich aus der Nachkriegsordnung ergab sowie die Tatsache, dass auf der Seite der Alliierten große Befürchtungen vor der Wiederanknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen existierten: Sie hatten den Vertrag von Rapallo von 1922 und das Ribbentrop-Abkommen von August 1939<sup>2</sup> in allzu schlechter Erinnerung. Insofern war es durchaus nachvollziehbar, dass die Alliierten ernsthafte Zweifel an der Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der sich etablierenden wirtschaftlichen

---

<sup>1</sup> Der westdeutsche Osthandel betrug 1938 noch annähernd 20 Prozent. 1951 ging nur 1,8 Prozent in den Osten und 1,5 Prozent des Gesamtimports kamen von dort.

<sup>2</sup> Durch den am 16. April 1922 geschlossenen Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Russland wurde ein Verzicht auf Reparationszahlungen und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart.

und politischen Eliten des jungen Staates hegten. Diverse Nazi-Kontinuitäten gab es überall in der frühen Bundesrepublik und die Wirtschaftskreise stellten natürlich keine Ausnahme dar. Im Gegenteil: Hinter dem „Wirtschaftswunder“ standen viele, deren glänzende Karrieren bereits in der Naziherrschaft begannen.<sup>3</sup>

Des Weiteren wirkte ungünstig für die Wirtschaftsdiplomaten der Umstand, dass seitens des ersten Bundeskanzlers Adenauer lediglich ein sehr geringes Interesse am Handel mit der Sowjetunion bestand: Er war keineswegs bereit sein Lebenswerk, die Westintegration der Bundesrepublik, aufs Spiel zu setzen. Seine Außenpolitik konzentrierte sich vorrangig auf die möglichst schnelle Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO und auf ihre initiative Rolle in den Bemühungen um die Integration aufgrund der Römischen Verträge<sup>4</sup>. Die sogenannte „Ostpolitik“ war nicht an der Tagesordnung, bzw. wurde in Einklang mit der Hallstein Doktrin<sup>5</sup> praktiziert, die eine Kooperation mit den Ostblockstaaten, die die DDR diplomatisch anerkannten, untersagte.

Allen Widerständen zum Trotz strebten die Repräsentanten der westdeutschen Industrie nach einer Möglichkeit mit den Ostblockstaaten, insbesondere mit der Sowjetunion, Handel zu treiben. Die sich am Anfang der 50er Jahre schrittweise erholende deutsche Industrie beförderte den Osthandel wieder auf die Agenda, denn die westdeutsche Industrie brauchte sowohl Absatzmärkte, als auch einen Zugang zu den Rohstoffen. Infolgedessen forderten die Repräsentanten der Industrie von der Bundesregierung eine pragmatische Position bezüglich des Osthandels einzunehmen. Der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard teilte übrigens diese positive Einstellung zur Wiederbelebung des Osthandels; 1953 schrieb er: *„Der Osthandel gehört zu jenen Gebieten des deutschen Außenhandels, deren Ausfall die Verzerrungen der deutschen Außenhandelsstruktur weitgehend verursachte. Trotz aller Autarkietendenzen des Ostens liegt hier eine Konjunkturreserve, deren Ausschöpfung zur Stabilität unserer*

---

<sup>3</sup> Nina Grunenberg, Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942 bis 1966, München 2007.

<sup>4</sup> Mit dem „Römischen Verträgen“ wurde am 25. März 1957 die EWG, Vorgängerorganisation von EG und EU ins Leben gerufen, die Bundesrepublik war Gründungsmitglied.

<sup>5</sup> Die Hallstein Doktrin war eine außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969. Sie betrachtete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als unfreundlichen Akt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.

*Zahlungsbilanz und unseres Exportvolumens wesentlich beitragen könnte.*<sup>6</sup>

Das Ergebnis ihres Einsatzes war die Gründung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft 1952. Diese schwergewichtige und einflussreiche, bis heute existierende Organisation, machte sich zur Aufgabe die durchtrennten Gesprächsfäden im geteilten Europa neu zu knüpfen. Die Gründung des Ausschusses kann man sicherlich für ein wichtiges Merkmal der westdeutschen Industrie auf ihrem langen Weg zur eigenständigen bundesdeutschen Außenwirtschaftspolitik halten, deren Bedeutung weit über die Wirtschaft hinweg reichte, wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel bemerkte: *„Es war 1952, in den tiefsten Zeiten des Kalten Krieges, eine wegweisende Entscheidung, in Form des Ost-Ausschusses Wegbereiter einer Normalisierung und Festigung der Beziehungen zu beauftragen. Diese Arbeit hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass eines Tages, am Ende der 80-er Jahre, viel Vertrauen gewachsen war und es möglich war, dass auch die damalige Sowjetunion der Deutschen Einheit zugestimmt hat.“*<sup>7</sup>

In Anbetracht der gegenwärtigen Krisensituation in der Ukraine und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft<sup>8</sup> gewinnt das Thema an Aktualität. Hier könnte man die heftigen Debatten über Sanktionen gegen Russland in Parallele mit den andauernden Bemühungen der Wirtschaftsdiplomaten während des Kalten Krieges um die Abschaffung der Embargos wie etwa des Embargos gegen den Export von Erdgasröhren setzen. Die Repräsentanten der deutschen Wirtschaft treten jetzt ebenso als dezidierte Befürworter der Diplomatie auf und warnen ausdrücklich davor, die Gesprächsfäden abreißen zu lassen und sich abzuschotten. Die enge Verflechtung zwischen den beiden Ländern wird seitens der Wirtschaft deutlich zum Ausdruck gebracht: *„Wir können und müssen Brückenbauer zwischen Ost und West sein. Diese Aufgabe nimmt uns in Europa niemand ab.“*<sup>9</sup>

Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen in den 1950er und 1960er Jahren grundsätzlich unterschiedlich waren, beruhte die Tätigkeit der Wirtschaftsdiplomaten auf ähnlichen Prinzipien: Sie gingen bei den Verhandlungen mit den östlichen Machthabern mit

---

<sup>6</sup> Zitiert nach Sven Jüngerkes, *Diplomaten der Wirtschaft. Die Geschichte des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft*, 2012, S.26.

<sup>7</sup> Zitiert nach Sven Jüngerkes, *Diplomaten der Wirtschaft*, S. 9-10.

<sup>8</sup> Nach einem Rückgang der deutschen Exporte nach Russland um 6,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 rechnet der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mit einem Einbruch um weitere neun Milliarden Euro.

<sup>9</sup> Eckhart Cordes, Gastkommentar des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden im Handelsblatt vom 21. Februar 2014.

diplomatischem Geschick und geschäftlichem Pragmatismus vor; dass sie oft auf Unverständnis seitens der Bundesregierung stießen, für die der Primat der Politik galt, lag auf der Hand. Diese unnachgiebige Härte gegenüber den Ostblockländern hielten die Wirtschaftsdiplomaten für eine falsche Strategie. Bei ihren zahlreichen Reisen nach Osten gelang es ihnen ein vertrauenswürdiges Klima herzustellen, das sich als ein hohes Gut für die spätere Entspannungspolitik erwies. Die Motive für ihre Wirkung als Vorreiter der neuen Politik gegenüber den Ostländern lassen sich nicht ganz eindeutig feststellen, bzw. führen bei einzelnen Akteuren auf ihre persönlichen Einstellungen und Erfahrungen zurück, wie z. B. bei Berthold Beitz: „*Meine politische Einstellung entspringt meinen Erfahrungen im Krieg, deshalb wollte ich nach 1945 einen Neuanfang in Osteuropa.*“<sup>10</sup> Sie traten als überzeugte Anhänger der Versöhnung mit den Ostländern auf; naturgemäß verloren sie dabei ihre geschäftlichen Interessen nicht aus den Augen.

Angesichts der politischen Entwicklungen sowie aufgrund der Schwierigkeiten, die die gegensätzlichen wirtschaftlichen Systeme darstellten, hatten die Wirtschaftsdiplomaten viele bittere Niederlagen hinzunehmen. Allerdings konnten sie auch hervorragende Erfolge verbuchen, wie etwa das „Röhren-Erdgas-Geschäft“ aus dem Jahr 1970. Der Vertrag sicherte eine Lieferung von Großröhren durch bundesdeutsche Firmen in die Sowjetunion und die Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion nach Deutschland. Diese bedeutende Transaktion brachte eine Phase zu Ende und schaffte Voraussetzungen für die Neue Ostpolitik. Inwieweit die Leistungen der Wirtschaftsdiplomaten zu ihr beitrugen, versuche ich in der vorliegenden Diplomarbeit zu beantworten.

Die vorliegende Diplomarbeit beschreibt die schwierigen Anfänge auf dem Feld der Wirtschaftsdiplomatie und die Bemühungen der Wirtschaftsdiplomaten die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ostblockstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg neu zu knüpfen und den Osthandel wiederzubeleben. Allerdings stelle ich keinen Anspruch darauf, diese Problematik in ihrer Komplexität vollständig zu erschöpfen. Vielmehr geht es mir darum, dieses in tschechischer Historiographie wenig bekannte, dabei aber höchst interessantes und spannendes Thema, vorzustellen. Bei der Beschreibung der Entscheidungsprozesse der Akteure stützte ich mich auf die sekundäre Literatur. Sehr hilfreich war dabei das Buch von Sven Jüngerkes, der sich der Geschichte des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft

---

<sup>10</sup> Kämpner, Joachim, Berthold Beitz. Die Biographie, S. 233.

widmet und deutet die Beweggründe an, die zur Entstehung dieser auf Osteuropa ausgerichteten Organisation führten. Eine Einsicht in die Tätigkeit des Vorsitzenden des Ost-Ausschusses bieten die sehr lebendig geschriebenen Erinnerungen von Otto Wolff Amerongen, der das dramatische Geschehen auf dem Feld der Wirtschaftsdiplomatie nicht nur aus unmittelbarer Nähe betrachtete, sondern aktiv gestaltet. Karsten Rudolph skizziert überzeugend Motive und Strategien der Wirtschaftsdiplomaten im Kalten Krieg. Karl-Heinz Schlarp setzt sich mit den wirtschaftlichen Aspekten in der Ära Adenauer auseinander. Um mehr über die Embargo-Politik der Westalliierten gegenüber der Bundesrepublik zu erfahren, griff ich auf die Studie von Peter Fäßler zurück. Der erste Impuls zu dieser Diplomarbeit geht jedoch auf ein Seminar an der Universität Konstanz zurück: Es war Prof. Dr. Rainer Lindner, der als Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft mein Interesse für dieses Thema erweckt.

Die Diplomarbeit beginnt mit der Entstehung der Bundesrepublik, die erst allmählich ihre staatliche Souveränität wiedergewann und musste sich mit den wirtschaftlichen Einschränkungen seitens der Alliierten auseinandersetzen. In weiterem Kapitel wird die Gründung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft beschrieben sowie die Vorbedingungen, die zu seiner Entstehung führten. Des Weiteren werden im diesen Kapitel die Aufgaben, die dem Ost-Ausschuss zukamen, ausführlich erläutert. In weiteren Kapiteln werden die ersten Schritte des Ost-Ausschusses auf der internationalen Bühne umgefasst. Der erste Versuch eine Reise nach Moskau zu unternehmen, scheiterte, denn der Bundeskanzler erteilte der unternehmerischen Mission eine klare Absage. Der Kanzler duldet keine Alleingänge im Osthandel. Es dauerte eine Weile, bis die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion aufnahm. Ebenso der Handelsvertrag mit der Sowjetunion ließ auf sich warten. Um das zu erreichen, hatten die Wirtschaftsdiplomaten Leistungen vollzubringen. Den wichtigsten Repräsentanten des Osthandels und ihren Verhandlungsstrategien werden die nächsten Kapitel gewidmet. In den sechziger Jahren gewann der Osthandel eine neue Dynamik. Allerdings wurde von NATO ein Röhrenembargo verhängt, das für die westdeutschen Unternehmen erhebliche Verluste bedeutete. Die Verdienste der Wirtschaftsdiplomaten um die Verbesserung der Beziehungen mit den Ostländern wurden erst von der neuen Brandts Regierung geschätzt.

## 2. Die mühsamen Anfänge in den 50er Jahren

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Deutschland ein besiegt und zerstörtes Land, das über keine Befugnisse zur Verwaltung des eigenen Staates verfügte und seine staatliche Souveränität verlor. Das Land wurde von den Siegermächten Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren. Als höchstes Organ in Deutschland fungierte der Alliierte Kontrollrat, in dem die Besatzungsmächte gemeinsam Entscheidungen über Deutschland als Ganzes fällten. Die Gebiete jenseits von Oder und Neiße kamen unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung.

Während die Westalliierten den Aufbau eines demokratischen Staates und einer freien Wirtschaft anstrebten, wollte die Sowjetunion ihr kommunistisches Herrschaftssystem und eine gelenkte Wirtschaft auch in Deutschland durchsetzen. Dieser Gegensatz eskalierte mit dem Kalten Krieg und führte 1949 zur Gründung von zwei Staaten in Deutschland.

### 2.1. Die ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschlands

Den Westalliierten lag es daran, eine demokratische Entwicklung der jungen Bundesrepublik langfristig zu sichern; insbesondere die immer tiefer werdende Blockkonfrontation Europas führten diejenigen ins Feld, die sich für die Eingliederung Westdeutschlands in internationale demokratische Strukturen einsetzten und die als Verfechter des Emanzipationsprozesses Westdeutschlands unaufhaltsam auftraten. Das Land sollte nicht wieder isoliert werden, wie das der Fall nach dem Ersten Krieg war. Das Prinzip einer „*embedded sovereignty*“<sup>11</sup> setzte sich durch: „*Die Bundesrepublik sollte auf ihrem Weg in die politische Eigenverantwortung zunehmend in supranationale Strukturen eingebunden werden, damit das von ihr ausgehende Gefahrenpotential den Nachbarn als tragbares Restrisiko erscheinen mochte.*“<sup>12</sup>

Zunächst galt es die sich nur mühsam erholende Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Hier war eine wirtschaftliche Hilfe erforderlich, denn Westdeutschland aber eben auch das ganze Europa befanden sich am Rande ihrer Möglichkeiten. Die Initiative ergriffen die Vereinigten

---

<sup>11</sup> Peter E. Fäbke, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949-1958, S. 684.

<sup>12</sup> Peter E. Fäbke, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949-1958. S. 684.

Staaten, die sich der verheerenden politischen Auswirkungen durchaus bewusst waren, sollte sich der wirtschaftliche Niedergang Europas fortsetzen. Für die USA war das Gebot des Tages zu verhindern, dass die Sowjetunion ihren Einfluss auf Westeuropa geltend machen könnte. Darüber hinaus ging es der USA um die Abschaffung der wirtschaftlichen Barrieren und sich dadurch einen vielversprechenden Absatzmarkt zu verschaffen. Auf Betreiben des Außenministers George Marshall wurde 1947 das European Recovery Programm in Kraft gesetzt. Dieses Programm schuf die Grundlagen des späteren wirtschaftlichen Aufstiegs Europas. In den nächsten Jahren standen Europa etwa 14 Milliarden Dollar zur Verfügung. Im sowjetischen Machtbereich wurde der Marshall-Plan jedoch abgelehnt; Anfang 1949 entstand „Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ unter der Leitung der Sowjetunion. Dadurch wurde die wirtschaftliche Spaltung Europas in zwei Einflusssphären eine Realität, die für den Osthandel nichts Gutes verhiess.

Mit der Entstehung der Bundesrepublik 1949 begann für die westdeutsche Industrie eine neue Phase; bereits kurz danach versuchte die Industrie die durch den Zweiten Weltkrieg abgebrochenen Handelsbeziehungen zu der Sowjetunion neu zu suchen. Mit Blick auf die traditionsreichen Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion der Vorkriegszeit sah die westdeutsche Industrie im Ostgeschäft eine Chance sich neue Absatzmärkte sowie einen Zugang zu den Rohstoffen zu verschaffen, zumal die ehemaligen Ostgebiete des Landes verloren gingen und damit die Abhängigkeit von Einfuhren deutlich gestiegen war. Westdeutschland war trotz der verheerenden Verluste infolge des Krieges ein hochindustrialisierter Staat und von daher war der Außenhandel für die Wiederbelebung der Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung.

## **2.2. Die wirtschaftlichen Beschränkungen für die Bundesrepublik**

Allerdings befand sich der Außenhandel unter strenger Kontrolle der Alliierten; 1946 gründeten die Alliierten die Joint Export Import Agency (JEIA), deren Aufgabe die Aufsicht über den gesamten deutschen Außenhandel war. Diese Kontrolle des Außenhandels wurde stufenweise abgeschafft. Zu Beginn des Jahres 1951 erfolgte die sogenannte kleine Revision des Besatzungsstatus<sup>13</sup>; dadurch konnte Westdeutschland teilweise selbst über den

---

<sup>13</sup> Für den Weststaat bildete das von der Alliierten Hohen Kommission (AHK) am 21. September 1949 in Kraft gesetzte Besatzungsstatus bis zum 5. Mai 1955 die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zu den drei Besatzungsmächten.

Außenhandel und die Devisenhoheit verfügen, wenngleich die Bundesrepublik die formale zoll- und handelspolitische Souveränität erst mit dem Eintritt in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT am 1. Oktober 1951<sup>14</sup> erhielt. Der Osthandel wurde jedoch von der Lockerung des Außenhandels seitens der Westalliierten ausgeklammert.

Jeder Versuch der westdeutschen Industrie die alten Handelsbeziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen wurde von den Westalliierten als äußerst verdächtig angesehen. Europa war wirtschaftlich und finanziell stark angeschlagen. Infolgedessen stellte der Sozialismus für eine gewisse Zeit nach dem Krieg für die europäischen Bürger eine attraktive Option dar; diese Tendenz beobachteten die USA mit zunehmender Beunruhigung und daher galt es als unerwünscht sich an den kommunistischen Feind anzunähern.

Die USA errichteten bereits 1945 ein strategisches Embargo<sup>15</sup> gegenüber der Sowjetunion; das Embargo richtete sich gegen die Möglichkeit an die strittigen "dual use items" zu gelangen, also Güter, denen sowohl militärische als auch zivile Nutzung zugeführt werden könnte. Allerdings bestand darin die Gefahr, dass die Sowjetunion diese strategisch wichtigen Güter von Westeuropa beziehen könnte. Daher war es den USA wichtig, die Partnerstaaten in Westeuropa in das Embargo einzubinden. Nach mühsamen Verhandlungen einigten sich die USA mit ihren wichtigsten europäischen Verbündeten am 22. November 1949 über die Einrichtung eines Embargo-Regimes; dieses Embargo bestimmte die Handelspolitik der beteiligten Staaten gegenüber dem Ostblock.

Eine besondere Rolle wurde seitens der Vereinigten Staaten der Bundesrepublik dank ihrer wirtschaftlichen Stärke und den Beziehungen, die Deutschland in der Weimarer Republik zur Sowjetunion pflegte, zugeschrieben. Die Beachtung der CoCom Listen<sup>16</sup> stellte für die USA ein

---

<sup>14</sup> Das Global Agreement on Tariffs and Trade (GATT) war ein internationales handelspolitisches Vertragssystem, dem die Bundesrepublik im Oktober 1951 beitrug. Das GATT legte unter anderem fest, dass zu Förderung des Welthandels Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut werden sollten. Zugleich wurden einige Prinzipien für den Welthandel, beispielsweise die Meistbegünstigungsklausel, also die zollrechtliche Gleichbehandlung aller Handelspartner eines Landes, festgelegt. Das GATT-System ging in der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) auf. Die sozialistischen Staaten Osteuropas waren kein Mitglied des GATT.

<sup>15</sup> Ein „strategisches Embargo“ zielt im Gegensatz zu einem vollständigen Embargo auf die Schwächung des militärstrategischen Potenzials eines Gegners ab. Damit entspricht es einem selektiven Embargo, welches nur bestimmten Gütern betrifft.

<sup>16</sup> Bei den CoCom Listen handelt es sich um Listen von Industriegütern, deren Export in die sozialistischen Staaten nur unter Berücksichtigung von Embargo-Bestimmungen erfolgen durfte.

willkommenes Instrument der Kontrolle der allmählich in die Souveränität entlassenen Bundesrepublik dar, die jedoch nach wie vor auf Gedeih und Verderb an die USA gebunden war. Bundeskanzler Adenauer entschied sich deshalb für eine bedingungslose Bündnistreue gegenüber der wichtigsten Westmacht, wobei diese Haltung in der Regierung keineswegs unumstritten war. Mehrheitlich fehlte nämlich die Bundesregierung die Bereitschaft, sich dem massiven Druck, den die USA auf den jungen Staat bezüglich des Osthandels ausübte, ohne Weiteres zu fügen. Bereits im Jahr 1951 wurde in der Außenwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsministeriums eine „Gruppe West-Osthandel“ gegründet, deren Aufgabe war, den rudimentären Handel mit dem Osten in Einklang mit den Embargo-Forderungen zu bringen.

Die Bundesregierung bemühte sich darum die eher engeren Handlungsspielräume gegenüber den USA möglichst günstig zu nutzen. Es war ein schwieriges Unterfangen aber gerade im Rahmen der Embargo-Gremien gelang es der Bundesrepublik *„ihre anfängliche Aschenbrödel-Rolle abzustreifen und als zunehmend wichtiger und vor allem gleichberechtigter Mitstreiter akzeptiert werden zu können.“*<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Fäbke, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949-1958, S. 676.

### **3. Die Gründung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft**

#### **3.1. Der Ablauf des Marshall-Plans**

Mit dem Ablauf des Marshall-Plans 1952 sah sich die westdeutsche Industrie vielerlei Herausforderungen ausgesetzt. Als dringendstes Problem erwies sich die Notwendigkeit sich Devisen für den Einkauf der kostbaren Rohstoffe und Agrarprodukte zu verschaffen, zumal die Nachfrage danach mit dem Ausbruch des Koreakrieges und dadurch auch die dafür bezahlten Preise auf dem Weltmarkt deutlich gestiegen ist, was den Import erheblich verteuerte. Die deutschen Unternehmer erhofften sich durch den Osthandel, der sich ohne notwendige Vorräte an Dollars verwirklichen lässt, eine Lösung des dringenden Problems des Mangels an US-Währung zu finden.

Die Industrie war überzeugt, dass der sich langsam abzeichnende Aufschwung der deutschen Wirtschaft nur durch einen nennenswerten Umfang des Außenhandels nachhaltig gesichert werden kann und von daher galt der Osthandel für die Unternehmerschaft als etwas, worauf sie nur ungern verzichten wollte. Die deutsche Industrie befürchtete jedoch, dass diese Konjunktur von vorübergehender Natur gewesen sein könnte und bald nachlassen würde. Um diese Abhängigkeit von den konjunkturellen Schwankungen im Westen zu reduzieren, wollte die westdeutsche Industrie die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten intensivieren.<sup>18</sup>

#### **3.2. Die Moskaukonferenz**

1952 berief die sowjetische Führung eine Weltwirtschaftskonferenz nach Moskau ein, deren Thema „die Wiederbelebung des Ost-West Handels“ die westlichen Vertreter der Wirtschaft zur Teilnahme zu locken suchte. Den sowjetischen Machthabern ging es darum, das Wirtschaftswachstum und damit auch den Wohlstand der sowjetischen Bevölkerung anzukurbeln, wobei ihnen klar war, dass solch ein ambitioniertes Ziel mit der so stark auf Schwerindustrie ausgerichteten Wirtschaft mit eigenen Kräften nicht erreicht werden konnte.

---

<sup>18</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 38.

Auch wenn von einem Einbruch in den Ost-West Beziehungen nicht die Rede sein konnte - immerhin wehte der scharfe Wind des Kalten Krieges - konnte es als erstes Signal an den Westen verstanden werden, die wirtschaftlichen Kontakte beleben zu wollen. An ein tiefgreifendes außenpolitisches Umlenken war allerdings vor Stalins Tod gar nicht zu denken; die Tauwetterperiode ließ auf sich warten. Aus diesem Grund herrschte im Bundeskabinett durchaus Skepsis in Bezug auf die tatsächlichen Motive der sowjetischen Machthaber und die Moskauer Wirtschaftskonferenz „*sei eine mehr oder minder geschickt inszenierte Propagandakampagne gewesen.*“<sup>19</sup>

Die sowjetische Regierung erhoffte sich von dem Ost-West Handel einiges: Die Versorgung des Volks mit Konsumgütern, die bisher weitgehend ausblieb, sicherzustellen. Gerade bei der Modernisierung der Schwerindustrie und bei dem Aufbau der Leicht- und Konsumgüterindustrie bot sich für die westdeutsche Industrie eine gute Gelegenheit sich an diesem Projekt zu beteiligen. Trotz der Nichtteilnahme der höchsten politischen Vertreter Westdeutschlands an der Konferenz unternahmen zwanzig Geschäftsleute eine Reise nach Moskau. Die sowjetischen Vertreter kündigten der Bundesregierung an: „*die Weichen für eine Ausweitung des beiderseitigen Handels zu stellen*“<sup>20</sup> und boten dafür den Abschluss eines Handelsvertrages an. Die Teilnahme der Geschäftsleute wurde zunächst in der westdeutschen Presse heftig kritisiert; vier Woche später schrieb jedoch Ludwig L. Kreutz im Volkswirt „*Warum nicht Osthandel*“?<sup>21</sup>

Diesen entmutigenden Tatsachen zum Trotz waren die deutschen Unternehmer nicht bereit der Konkurrenz, etwa Frankreich oder Großbritannien, die repräsentativ mit ihren Delegationen auf der Wirtschaftskonferenz vertreten waren, den Vortritt im Osthandel zu lassen, zumal das Interesse an eine Wiederbelebung des Wirtschaftsaustauschs mit der westdeutschen Industrie seitens der Ostländer weiter fortbestand. Die Industrie wirft der BDI-Führung vor „*die Osthandelsinteressen der Wirtschaft nicht angemessen zu vertreten*“<sup>22</sup> und forderte von deren

---

<sup>19</sup> Karl-Heinz Schlarp, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfangsjahre der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, Hamburg 2000, S. 42.

<sup>20</sup> Karsten Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Industrie 1945-1991, S. 38.

<sup>21</sup> Zitiert nach Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 39.

<sup>22</sup> Schlarp, Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 55.

Präsidenten Fritz Berg<sup>23</sup> sich stärker für die Ausweitung des Osthandels einzusetzen und die Einhaltung des US-Embargos an die Gleichstellung der Bundesrepublik mit den westlichen Ländern im Osthandel zu binden.

### **3.3. Die Gründung des Ost-Ausschusses wird vorbereitet**

Allmählich wurden auch innerhalb des Bundeskabinetts Stimmen, die sich für die Wiederanknüpfung der Beziehungen mit der Sowjetunion positiv aussprachen immer lauter und schließlich gewannen sie die Oberhand. 1952 nahm der von dem Bundesministerium eingerichtete „Arbeitsausschuss Zentrale Ausfuhrkontrolle“ seine Tätigkeit auf mit der Aufgabe die Spitzenverbände der Industrie über die Exportbeschränkungen zu informieren. Diese Form des Meinungsaustauschs zwischen den Spitzenvertretern der Industrie und der Regierung erwies sich als vorteilhaft für beide Seiten und bildete somit eine Grundlage für die Gründung einer für den Osthandel zuständigen Organisation.

Allerdings musste die Bundesregierung sehr dosierte und kalkulierte Schritte unternehmen um einerseits ihren Verpflichtungen gegenüber der wichtigsten Schutzmacht gerecht zu werden und andererseits den Erwartungen und Forderungen seitens der Wirtschaft einigermaßen nachzukommen. Ein übereifriges Vorgehen seitens der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion hätte eine Gefährdung der laufenden Verhandlungen über Gleichberechtigung im Außenhandel der Bundesrepublik zur Folge. Hier war eine konsequente Einhaltung des CoCom-Embargos erforderlich.

Schließlich wurden die Bemühungen um die Beseitigung der Diskriminierung im Osthandel im Vergleich mit den westlichen Ländern von Erfolg gekrönt: Im Mai 1952 erfolgte die Unterzeichnung des Generalvertrags; dadurch erhielt die Bundesrepublik eine weitgehende Handelsfreiheit im Osthandel und wurde berechtigt Handelsverträge mit den Ostblockstaaten zu schließen. Die Alliierte Hohe Kommission teilte der Bundesrepublik mit, die letzten bestehenden Beschränkungen der westdeutschen Souveränität im Osthandel spätestens bei der Ablösung des Besatzungsstatus fortfallen zu lassen.<sup>24</sup> Danach unterstützte der Deutsche Bundestag einmütig einen Antrag der SPD-Fraktion vom Dezember 1951 zum Osthandel und

---

<sup>23</sup> Fritz Berg (1901-1979) war von 1949 bis 1971 der erste Präsident des Bundesverbandes für deutsche Industrie (BDI).

<sup>24</sup> Schlarp, Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 55.

damit die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockstaaten.<sup>25</sup>

### 3.4. Der Ost-Ausschuss wird gegründet

Diese Entwicklung weckte viele Hoffnungen in der deutschen Industrie auf „*ein großes Geschäft*“ im Osten. Angesichts der Schwierigkeiten, die der Handel mit den Ländern darstellte, deren politische und ökonomische Ordnung auf grundsätzlich unterschiedlichen Prinzipien beruhte und die eine friedliche Koexistenz mit den westlichen Ländern in Frage stellten, hielten es die Spitzenorganisationen der Wirtschaft für notwendig, eine Koordinierungsstelle für den Osthandel zu errichten.

Die Idee, die bereits entstandenen, an dem Osthandel interessierten unternehmerischen Initiativen unter einem Dach institutionell zu verankern und damit die Aktivitäten der Unternehmer unter Kontrolle zu bringen und ihnen eine einheitliche Stimme zu verleihen, war nicht neu; in guter Erinnerung der Industriellen blieb der „Russland Ausschuss“<sup>26</sup> der Weimarer Zeit, dessen Tätigkeit erst nach dem Überfall der Sowjetunion beendet wurde. Das Bundeswirtschaftsministerium nahm zur Erweiterung des Osthandels und zur Gründung eines für den Osthandel zuständigen Gremiums ebenfalls positiv Stellung: „*zu den traditionell engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den Gebieten des Ostens und Südostens zurückzukehren, wie sie vor dem Krieg bestanden und sich stets für beide Teile fruchtbar erwiesen haben.*“<sup>27</sup> Nachdem am 26. Juli 1952 die Bundesregierung der Gründung einer für den Osthandel verantwortlichen Organisation zugestimmt hatte, wurden die Vorbereitungen deutlich vorangetrieben. Die offizielle Gründung des „Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft“ fand am 17. Dezember 1952 in Köln statt.

---

<sup>25</sup> Schlarp, Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 55.

<sup>26</sup> Der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde 1928 gegründet, nachdem die traditionsreiche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Russischen Reich zu Beginn der Ersten Weltkriegs abgebrochen war. Ziel des Ausschusses war die allgemeine Forderung und Unterstützung des deutsch-sowjetischen Handels und der deutschen Osthändler.

<sup>27</sup> Zitiert nach Schlarp, Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 53.

## **4. Die schwierigen Anfänge des Ost-Ausschusses**

### **4.1. Die Vorbedingungen der Wirtschaftsdiplomatie**

Da die Bundesrepublik bisher keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mit den Ostländern pflegte<sup>28</sup>, wurde der neu gegründeten Organisation eine große Verantwortung zugeschrieben. Ihre Repräsentanten übernahmen gewissermaßen die Rolle der Diplomaten und gestalteten somit die bundesdeutsche Außenpolitik gegenüber Osteuropa mit. Natürlich trafen sie ihre Entscheidungen in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, die sehr vorsichtig vorgehen musste, um die Westalliierten, vor allem die Amerikaner, von ihrer Zuverlässigkeit bezüglich der unabdingbaren Einhaltung der Handelsbeschränkungen zu überzeugen und die tief sitzenden Zweifel und Befürchtungen der Westalliierten vor einer Wiederholung von Rapallo zu zerstreuen.

Der Bundeskanzler Adenauer blieb weiterhin dem Osthandel gegenüber sehr skeptisch und betrachtete die Aktivitäten der Unternehmer durchaus mit Argwohn und Unbehagen. Überhaupt stellte sich heraus, dass die anfängliche Begeisterung der Unternehmer von den Möglichkeiten des Ostgeschäfts mit den nüchternen politischen Realitäten wenig zu tun hatte. Dass die politischen Gegebenheiten auf beiden Seiten ständig im Vordergrund standen und langfristig bestehen blieben, damit rechneten die Unternehmer in dieser Zeit nicht.

Für den an der Schnittstelle zwischen der Politik und der Wirtschaft agierenden Ost-Ausschuss galt es zunächst sich einen Zugang zu den sowjetischen Wirtschaftsleuten zu verschaffen und sich als anerkannte Vertreter des westdeutschen Osthandels zu etablieren. An direkte Kontakte war in dieser Zeit nicht zu denken: Erstens bestanden keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und zweitens war es dank des äußerst ungünstigen politischen Klimas ausgeschlossen, eine Reise nach Moskau zu unternehmen. Zwar standen die Zeichen nach Stalins Tod in März 1953 auf eine gewisse Entspannung der Lage, aber niemand konnte ausschließen, dass die Dinge wieder eskalieren. Und tatsächlich schlug die Rote Armee im Juni 1953 den Volksaufstand in Ost-Berlin nieder, was allerdings nicht eine unmittelbare Unterbrechung der Wirtschaftsgespräche zur Folge hatte.

---

<sup>28</sup> Die Bundesrepublik pflegte bis in die 70-Jahre mit der Ausnahme von der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen mit den Ostländern.

Einer Intensivierung des Osthandels standen viele Faktoren entgegen: Es war äußerst schwierig für die westdeutsche Industrie sich auf die Besonderheiten des sowjetischen wirtschaftlichen Systems einzustellen, zumal die traditionellen Erfahrungen, aber auch das Vertrauen durch den Zweiten Weltkrieg verloren gingen: *„An eine handfeste wirtschaftliche, gar gewinnträchtige Zusammenarbeit konnte zunächst gar nicht gedacht werden. Es war also zunächst das Wichtigste, zu den Repräsentanten in Wirtschaft und Politik auf der anderen Seite in eine menschliche Beziehung zu kommen, die ein gewisses vorvertragliches Vertrauensverhältnis zu schaffen erlaubte.“*<sup>29</sup>

Der ausschlaggebende Faktor, der die Industriellen am nennenswerten Handel mit der Sowjetunion hinderte, bestand im sowjetischen Wirtschaftssystem selbst, das sich im krassen Gegensatz zum westlichen kapitalistischen System, dessen Dynamik und Logik, entwickelte. So z. B. blieb der Rubel eine Nicht-Konvertierbare Währung, die Produktion der Industrie folgte nicht der Nachfrage auf dem Binnenmarkt, sondern erfolgte gemäß den politischen Entscheidungen und Strategien der sowjetischen kommunistischen Führung, die sich auf einen Wettbewerb mit dem Westen einzulassen traute, ohne jedoch die notwendigen Kapazitäten und Fähigkeiten zu besitzen: *„Zusammen mit dem politischen Aspekt und der Skepsis, mit der die Bundesregierung dem Osthandel gegenüberstand, zeigte sich eben, dass der Osthandel kein normaler Außenhandel war. Wer mit sozialistischen Staaten Handel trieb, musste sich auf manche Eigenart einlassen.“*<sup>30</sup>

#### **4.2. Die ersten Schritte auf der internationalen Bühne**

Die Bühne für das erste Treffen zwischen dem Ost-Ausschuss und den sowjetischen Handelsvertretern bot die Tagung der ECE<sup>31</sup> im April 1953 in Genf. Nach Genf reisten neben dem Vertreter der Bundesregierung, der Oberregierungsrat Viktor von Zahn-Stranik, aus dem Wirtschaftsministerium auch die Repräsentanten des Ost-Ausschusses, darunter der Leiter des Sowjetunion-Arbeitskreises, Otto Wolff von Amerongen, der 1955 Vorsitzender des Ost-

---

<sup>29</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 224.

<sup>30</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 49.

<sup>31</sup> Die 1947 gegründete Wirtschaftskommission für Europa (ECE) der Vereinten Nationen in Genf machte sich zur Aufgabe die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa ungeachtet der politischen Spaltung Europas.

Ausschusses wurde und für die kommenden Jahrzehnte als „heimlicher Osthandelsminister“<sup>32</sup> in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Da die Bundesrepublik zu dieser Zeit keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt, wurde das Treffen vom Generalsekretär der ECE, dem Schweden Gunnar Myrdal<sup>33</sup>, organisiert.

Bereits dieses erste Treffen machte sehr deutlich, wie sensibel die wirtschaftliche Annäherung an die Sowjetunion war und mit welchem Fingerspitzengefühl man vorgehen musste um die Gespräche mit der sowjetischen Delegation in Gang zu bringen ohne jedoch dabei den Eindruck zu erwecken, es handle sich um eine Art erster vorsichtiger Versuch, in Richtung der offiziellen diplomatischen Beziehungen zu vermitteln. In dieser Hinsicht gewann die Problematik, an welchem Ort die Verhandlung stattfinden sollte an Bedeutung: Es war erforderlich einen politisch neutralen Ort zu wählen.

Nach erfolgreicher Lösung dieser heiklen Frage, kam es zu den Verhandlungen über Warenlieferungen und Export- und Importwünsche der beiden Seiten, wobei aus der Struktur der angebotenen Gütergruppen klar hervorging, dass sich die Sowjetunion nach wie vor als ein Rohstoff- und Nahrungsmittelverkäufer verstand und von den Westdeutschen im Gegenzug Industrieerzeugnisse beziehen wollte, z. B. Schiffe, Maschinen wie Kompressoren, Pumpen und Generatoren zur Stromerzeugung, Chemieprodukte, aber auch Leder- und Textilerzeugnisse. Die Abwicklung der konkreten Geschäfte liegt jedoch außerhalb der Kompetenzen des Ost-Ausschusses; die Politik auferlegte dem Ost-Ausschuss die Pflicht alle Warenwünsche zunächst in Einklang mit den CoCom Listen zu bringen. Das Handeln über einzelne Geschäfte war die Sache der Unternehmer, dafür übernahm der Ost-Ausschuss nicht die Verantwortung. Seine Aufgabe, die Bereitung des Bodens für die westdeutschen Unternehmer und die Vereinbarung der günstigsten Rahmenbedingungen für den gegenseitigen Warenaustausch, war angesichts der Nicht-Konvertierbaren Währung durchaus kompliziert. Insofern schienen Kompensationsgeschäfte für die sowjetische Seite als eine machbare Variante; der Vorschlag der sowjetischen Vertreter Kompensationsgeschäfte einzuführen, stieß allerdings bei der deutschen Delegation auf wenig Zustimmung, bzw. wurde als eine kurzfristige Lösung angesehen. Später stellte sich jedoch heraus, dass diese Form der Bezahlung auf Dauer fortbestehen wird.

---

<sup>32</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 77.

<sup>33</sup> Professor Gunnar Myrdal, der Vorsitzender der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE). Ein Verfechter der Wiederbelebung des Handels zwischen West- und Osteuropa.

Die Verhandlungen in Genf gingen ohne ein konkretes Ergebnis zu Ende; der Ost-Ausschuss erhielt von den sowjetischen Vertretern eine Einladung nach Moskau, wobei von vornherein Klarheit darüber herrschte, dass eine solche Möglichkeit für den Ost-Ausschuss in diesem Moment überhaupt nicht in Frage kam. Um einen Stopp der Verhandlungen mit der Sowjetunion zu verhindern, gab sich der Ost-Ausschuss die Mühe, die Gesprächskanäle weiterhin zu nutzen. So unternahmen die westdeutschen Handelsvertreter unter der Leitung von Otto Wolff von Amerongen im Juli 1953 wiederum eine Reise in die Schweiz, diesmal nach Bern. Mit der Absicht über Liefer- und Zahlungsbedingungen mit den sowjetischen Vertretern Verhandlungen zu führen, die eine verbindliche Grundlage für alle am Osthandel interessierten westdeutschen Unternehmer bilden würde: *„In diesem Zusammenhang wurde nochmals auseinandergesetzt, dass der Ost-Ausschuss wohl als Partner für den Abschluss eines Rahmenabkommens auftreten würde, die Abwicklung der einzelnen Geschäfte jedoch Angelegenheit der Firmen sei. Der Ost-Ausschuss strebt an, das Abkommen so vorzubereiten, dass nach seiner Unterzeichnung die Liefergenehmigung für jedes einzelne Geschäft nach Wirklichkeit werden kann.“*<sup>34</sup>

Die Bemühungen Otto Wolffs liefen ins Leere; es kam zwar zu mehreren Treffen zwischen dem Ost-Ausschuss und den sowjetischen Handelsvertretern, sei es in Bern oder bei der sowjetischen Handelsvertretung in Ost-Berlin, nennenswerte Fortschritte brachte es jedoch nicht, denn wiederum wirkten politische Hintergründe. Dem Wunsch der sowjetischen Führung nach einer Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik konnte die deutsche Seite nicht gerecht werden. Zu einem Entgegenkommen in dieser Frage war sie noch nicht bereit, bzw. fehlte ihr das Vermögen ohne Weiteres auf die Sowjetunion zuzugehen.

---

<sup>34</sup> Zitiert nach Jüngerkes, S. 61.

## 5. Die gescheiterte Moskaureise

### 5.1. Die Vorbereitungen auf die Moskaureise

Die Anfänge auf dem Feld der Wirtschaftsdiplomatie waren durchaus kompliziert und die Vertreter des Ost-Ausschusses hatten einiges hinzunehmen und Erfahrungen zu sammeln bevor die ersten erfreulichen Ergebnisse eintraten. Bereits der erste Versuch des Ost-Ausschusses eine Reise nach Moskau 1954 zu organisieren scheiterte, denn der Bundeskanzler erteilte der Reise eine klare Absage, auch wenn die zuständigen Ministerien im Vorfeld über die verlaufenden Vorbereitungen genügend informiert worden sind.

Die treibende Kraft hinter der Moskaureise war Otto Wolff, dessen Wunsch: *„als erster bundesdeutscher Unternehmer einen Vertrag für die Bundesregierung in Moskau abschließen zu wollen“*<sup>35</sup> und somit die führende Position des Ausschusses in Fragen des westdeutschen Osthandels sicherzustellen, einen schweren Rückschlag erhielt, der dem Ansehen des sich allmählich etablierenden Ausschusses viele Schäden innenpolitisch aber vor allem gegenüber der Sowjetunion anrichten konnte. Otto Wolff war allerdings nicht bereit seine Glaubwürdigkeit und nicht zuletzt die des Ausschusses aufs Spiel zu setzen. Niemand durfte daran Zweifel aufkommen lassen, dass der Ost-Ausschuss über enge Kontakte zu den wichtigsten Stellen verfüge und dass Otto Wolff selbst gut vernetzt sei.

### 5.2. Die Gesprächskanäle wurden aktiviert

Zunächst wendete er sich an den BDI-Präsidenten, Fritz Berg, mit der Bitte einen Brief dem Kanzler zukommen zu lassen, in dem der Ost-Ausschuss die Beteuerung äußerte, der Ost-Ausschuss betreibe keine Politik, sondern es gehe ihm darum, die Wirtschaftsbeziehungen zu der Sowjetunion in Schwung zu bringen und sie auf eine solide verträgliche Grundlage zu stellen, wobei sich die Industrie jederzeit dem Primat der Politik gebunden fühle: *„Durch die Presseverlautbarungen der letzten Tage ist der Eindruck entstanden, dass die beabsichtigte Reise des Ost-Ausschusses zu wirtschaftlichen Besprechungen nach Moskau nicht mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt sei, und dass es sich hierbei um eine politische Aktion handelt,*

---

<sup>35</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 67.

*gegen die Sie interveniert haben.*<sup>36</sup> Aus dieser Perspektive schien ihm die Forderung nach einer Erklärung der kurzfristigen Absage der Reise seitens des Kanzlers als durchaus gerechtfertigt, zumal der dadurch entstandene Schaden für das Ansehen des Ost-Ausschusses nicht zu unterschätzen sei.

Mit der Absicht sich persönlich nach den Beweggründen für die Absage bei dem Kanzler zu erkundigen, setzte er sich in Kontakt mit seinem alten Freund Robert Pfermenges, einem Kölner Bankier von Bankhaus Oppenheim, der dank seiner Tätigkeit als Kanzler-Berater, solch ein Treffen zu organisieren vermochte. Robert Pfermenges leitete das Gespräch mit den Worten ein: *„Herr Bundeskanzler, meinem jungen Freund ist Unrecht geschehen.“*<sup>37</sup> Die hochrangige Teilnahme an dem Gespräch, neben dem Kanzler noch Staatssekretär Hallstein und der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Freiherr von Maltzahn, die Vertreter des Ost-Ausschusses, neben Wolff auch Reuter und Menne, vermittelte die dem Osthandel zugeschriebene Bedeutung.

Otto Wolff machte den Kanzler darauf aufmerksam, dass durch das unerwartete Scheitern der Moskaureise die westdeutsche Wirtschaft nachhaltige Schäden nehmen könnte. Er zog alle Register um das Vertrauen des Kanzlers wiederzugewinnen: Als Vertreter des Ost-Ausschusses handele er mit dem besten Willen, um die Vorbereitungen für die von langer Hand geplante Moskaureise zu forcieren mit dem Ziel eine verlässliche Vertragsordnung zugunsten der westdeutscher Unternehmer möglichst bald sicherzustellen. Nach seinem besten Wissen und Gewissen seien keine relevanten Informationen den zuständigen Ministerien vorenthalten worden. Auch gegenüber den Amerikanern überließ Otto Wolff nichts dem Zufall. Vorsichtshalber holte er sich von der High Commission sogar eine schriftliche Bestätigung, dass die High Commission keine Vorbehalte bezüglich der Moskaureise habe, um eventuellen Vorwürfen seitens des Kanzlers und seitens der Amerikaner vorzubeugen: *„Denn ich wollte verständlicherweise nicht riskieren, später ein Opfer des antikommunistischen McCarthy-Geistes zu werden und womöglich keine Einreiseerlaubnis mehr in die USA zu bekommen.“*<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 74.

<sup>37</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, 1992, S. 73.

<sup>38</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 72.

### 5.3. Das Feld der Wirtschaftsdiplomatie wird abgesteckt

Daraufhin schob der Kanzler die Schuld für die geplatzte Reise dem Staatssekretär Hallstein in die Schuhe. Als eine gewisse Erleichterung wirkte die Versicherung des Bundeskanzlers, der Ost-Ausschuss genieße seine Unterstützung und er solle die Kontakte zu den Sowjets aufrechterhalten: Ein Einlenken seitens des Kanzlers oder gar eine verbindliche Zusage bezüglich der nächsten möglichen Reise der Geschäftsleute nach Moskau war allerdings nicht zu erwarten, wie Otto Wolff in seinen Erinnerungen bemerkte: *„Erst viel später erkannte ich, dass der alte Fuchs über die geplatzte Moskaureise nicht ganz unfroh war...“*<sup>39</sup>

Der entschlossen handelnde Bundeskanzler erteilte den selbstbewussten Vertretern des Ost-Ausschusses eine durchaus bittere Lektion: Das nächste Mal darf kein Zweifel daran aufkommen, wer Herr der Lage sei und wer über die Entscheidungshoheit verfüge. Diese unnachgiebige Position sorgte in der Zukunft noch für viel Ärger. Otto Wolf und der Ost-Ausschuss bekamen den Unmut seitens des Bundeskanzlers über die Alleingänge im Osthandel deutlich zu spüren; die Schroffheit, mit der der Bundeskanzler die Moskaureise ablehnte, machte allen Beteiligten klar, dass zukünftig einer solchen Reise eine sorgfältige Planung vorangehen muss. Der Fehlschlag war nicht zuletzt auf die Unterlassung der Konsultation mit den wichtigsten Stellen, etwa mit dem Bundeskanzler und mit dem Bundestag seitens des Ost-Ausschuss zurückführbar.

Dabei wurde der Ost-Ausschuss auf Betreiben des Bundestags ins Leben gerufen. Umso bedauerlicher wirkte der Umstand, dass der Ost-Ausschuss keine Notwendigkeit sah, mit dem Bundestag in ein Gespräch über die geplante Reise einzutreten. Die Reaktion kam unmittelbar von dem SPD-Abgeordneten und Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses des Parlaments, Helmut Kalbitzer, der an dem Ost-Ausschuss heftige Kritik übte. Seine Behauptung, im Ost-Ausschuss seien es vor allem die Repräsentanten der Schwer- und Eisen, oder Stahlindustrie und die Geltendmachung ihrer Einflussnahme auf die Ausrichtung des Ausschusses, die zu Lasten der anderen Branchen gehe und ihre Tätigkeit benachteilige.

Ferne stellte er sich die Frage, ob die dem Ost-Ausschuss zugesagte Erlaubnis zur Gestaltung der Verhandlungen mit der Sowjetunion in einer solchen angespannten Lage überhaupt im

---

<sup>39</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 73.

Interesse der Bundesrepublik liege, zumal es sich um eine durchaus schwierige und empfindliche politische Angelegenheit handele. Auch das Wirtschaftsministerium schloss sich der Kritik an und drängte sogar auf die Ersetzung Otto Wolffs als Mitglied der vorgesehenen Delegation, was bei dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses, Hans Reuter,<sup>40</sup> jedoch auf eine strikte Ablehnung stieß mit dem Verweis darauf, dies sei eine interne Angelegenheit des Ost-Ausschusses.

#### **5.4. Die Motive für die Absage der Moskaureise**

Die Motive für Adenauers strenges Vorgehen waren vor allem außenpolitische: Er befürchtete, dass die bevorstehende Aufhebung des Besatzungsstatus der Bundesrepublik durch eine solche Reise nach Moskau in Gefahr geraten konnte: *„Die Bundesregierung beharrte auf der außenpolitischen Linie, so lange jede Ostpolitik stillzulegen, bis die Westverträge unter Dach und Fach waren und die Bundesrepublik die Souveränität erlangt hatte.“*<sup>41</sup>

Überhaupt konnte der Bundeskanzler dem Osthandel keine guten Seiten abgewinnen; er war der Meinung, die Bundesrepublik solle der Sowjetunion durch eine Wirtschaftskooperation nicht aus ihrer Wirtschaftsmisere ohne politische Zugeständnisse heraushelfen, denn sie hätte eine durchaus unerwünschte Stärkung der sowjetischen Wirtschaft und damit die Festigung der sowjetischen Position zur Folge.

Auch innenpolitisch geriet der Bundeskanzler in Schwierigkeiten. Im April 1954 ergriffen die FDP-Abgeordneten unter der Leitung von Karl Georg Pfeleiderer die Initiative und setzten den Bundeskanzler unter Druck, um auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion zu drängen, mit der Absicht die westliche außenpolitische Ausrichtung der Bundesrepublik einigermaßen auszugleichen. Zusammen mit dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning trat Pfeleiderer für eine *„flexible Außenpolitik“*<sup>42</sup> ein, was allerdings sehr stark an die von den Alliierten so befürchtete „Schaukelpolitik“ der Weimarer Republik<sup>43</sup> und damit an Rapallo erinnerte. Dieses Verlangen seitens der FDP-Abgeordneten fiel bei dem

---

<sup>40</sup> Hans Reuter leitete den Ost-Ausschuss als Gründungsvorsitzender von 1952 bis 1955.

<sup>41</sup> Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 91.

<sup>42</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 73.

<sup>43</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 72.

Bundeskanzler nicht auf fruchtbaren Boden, denn nichts lag dem Bundeskanzler ferner, als den Anschein zu erwecken, dies sei seine Einstellung zur Außenpolitik: *„Alles, was auch nur im entferntesten nach Rapallo aussah oder im Ausland Erinnerung an Rapallo wecken konnte, wurde von Adenauer nicht nur entschieden abgelehnt, sondern auch unnachgiebig bekämpft.“*<sup>44</sup>

### 5.5. Die Bewährungsprobe des Ost-Ausschusses

In den Diskussionen über die Kooperationsformate mit der Sowjetunion konnte dem aufmerksamen Beobachter nicht verborgen bleiben, dass es bei aller Deutlichkeit nicht zuletzt um die Zuständigkeit und um die Verantwortung für die Gestaltung der Außenhandelspolitik der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa ging. Hinter den Kulissen tobte ein heftiger Streit über die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium, wobei der Ost-Ausschuss mitten in den Konflikt geriet: *„Im Auswärtigen Amt vermutete man mitunter, dass der Ost-Ausschuss ein Versuch des Wirtschaftsministerium war, um sich so wieder einen erhöhten Einfluss in der Außenwirtschaftspolitik zu sichern.“*<sup>45</sup> Der neu genannte Außenminister von Brentano gehörte zu den „Hardliner“; er war durchaus ein Befürworter der von dem Kanzler Adenauer durchgesetzten strengen Politik gegenüber der Sowjetunion: *„Wir dürfen nicht zulassen, dass in der realen Auseinandersetzung um politische Fragen und politischen Einfluss vielleicht Interessen einzelner Gruppen über das Interesse des deutschen Volkes gestellt werden.“*<sup>46</sup> Die mit der Moskaureise zusammenhängenden Auseinandersetzungen mit den Regierungsstellen rückten die Wichtigkeit einer guten Vernetzung deutlich in den Vordergrund; der Ost-Ausschuss kam in seiner Tätigkeit nicht umhin, die lebenswichtigen Kanäle zu der Regierung aufrechtzuerhalten, um seine Probleme an der ersten Adresse vortragen zu können.

Der sich allmählich emanzipierende Ost-Ausschuss trotzte erfolgreich den Versuchen der Regierung ihn bloß als ein Instrument der Regierungspolitik zu verstehen; gerade das unerwartete Scheitern der Moskaureise durch den Bundeskanzler stellte das Durchsetzungsvermögen des Ausschusses hart auf die Probe. Der Ost-Ausschuss ging daraus nicht als ein Verlierer hervor: Um wertvolle wenngleich bittere Erfahrungen reicher, gelang es

---

<sup>44</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 44.

<sup>45</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 84.

<sup>46</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 84.

ihm sein Gesicht sowohl innenpolitisch und vor allem nach außen hin zu bewahren. Seine Fähigkeit den Mächtigen mit taktischer Finesse in den Gesprächen gegenüberzustehen, aber wenn notwendig dezidiert zu Felde zu ziehen, um seine Interessen mit Entschlossenheit zu verteidigen, ohne jedoch auf Kooperationsbereitschaft zu verzichten, sollte ihm zukünftig in schwierigen Verhandlungen mit den sowjetischen Machthabern zu Gute kommen. Der Kampf um die Möglichkeit den Handel mit der Sowjetunion mit Nüchternheit und mit Pragmatismus betreiben zu können und ihn auf eine verträgliche Plattform zu setzen, ging trotz der Torpedierung der Moskaureise mit unverminderter Intensität weiter.

## 6. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion

### 6.1. Die Vorbedingungen für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen

Der kompromisslosen Ablehnung der Moskareise lag die Annahme zu Grunde, dass durch die in Moskau handelnden Vertreter des Ost-Ausschusses bei den sowjetischen Repräsentanten womöglich der durchaus unerwünschte Eindruck entstehen konnte, sie seien mit dem Segen der Bundesregierung nach Moskau gereist, um da ihre Kooperationsbereitschaft zu vermitteln und um auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten einzuwirken oder sogar Hoffnungen auf eine möglichst frühe Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu wecken. Solch eine Gefahr musste mit allen Mitteln verhindert werden, denn für den Bundeskanzler war eine vorsichtige Annäherung an die Sowjetunion nur erst dann möglich, wenn die „deutsche Frage“, also die Wiedervereinigung Deutschlands, gelöst wird. Der deutsche Osthandel litt darunter, wie Otto Wolff deutlich zum Ausdruck gebracht hat: *„Auch dort konnte man sich nicht auf Dauer der Erkenntnis entziehen, dass uns die Verknüpfung des Osthandels mit der deutschen Frage keinen Schritt näher an die Wiedervereinigung brachte, sondern nur unseren Konkurrenten half.“*<sup>47</sup>

Eine solche Forderung zeigte sich eher als ein Traum oder Wunsch, der angesichts der politischen Gegebenheiten nicht in Erfüllung gehen konnte. Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge<sup>48</sup>, und mit dem NATO-Beitritt, womit die Wiederbewaffnung der Bundeswehr einherging, wurde die von dem Bundeskanzler angestrebte Westintegration der Bundesrepublik eine geschaffene Tatsache, die allerdings auf der sowjetischen Seite für Unwillen sorgte. Damit wurde die Vorbedingung Westdeutschlands für die eventuellen Verhandlungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen seitens der sowjetischen Führung als ein haltloser Anspruch empfunden. Die sowjetische Seite kam mit der unnachgiebigen Durchsetzung der „Zwei-Staaten Theorie“<sup>49</sup> und mit der sich daraus ergebenden Forderung nach Anerkennung der Staatlichkeit der DDR, die jedoch weiterhin als

---

<sup>47</sup> Zitiert nach Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 82.

<sup>48</sup> Die Pariser Verträge hoben das Besatzungsstatut auf und gaben der Bundesrepublik den größten Teil ihrer staatlichen Souveränität zurück.

<sup>49</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 82.

„unter sowjetrussischer Herrschaft stehende Besatzungszone“<sup>50</sup> von der Bundesregierung wahrgenommen wurde.

## **6.2. Eine Einladung nach Moskau**

Im Juli 1955 fand ein Aufeinandertreffen der Vertreter der vier Siegermächte erstmals nach der Postdamen Konferenz in Genf statt. Die Sowjetunion stellte ihren Plan für die Entspannung der politischen Situation zwischen den zwei feindlichen Blöcken vor, was von den Westmächten als Zeichen des guten Willens durchaus willkommen geheißen wurde. Diese positive Stellung der Westmächte zu der von der Sowjetunion durchsetzen Verständigung hatte jedoch für die Bundesrepublik einen etwas bitteren Beigeschmack: Dadurch wurde die Lösung der deutschen Frage erst einmal auf Eis gelegt, was übrigens auch die an den Verhandlungen in Genf teilnehmende Delegation der DDR deutlich machte.

Anfang Juni 1955 erhielt der Kanzler eine Einladung nach Moskau um über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu handeln. Zunächst weigerte sich der Kanzler ein solches Angebot seitens der sowjetischen Führung einzunehmen. Er befürchtete, dass durch seine Zustimmung zu der Reise nach Moskau ein durchaus unerwünschter Trugschluss entstehen konnte, die Bundesrepublik habe sich mit dem Status quo bezüglich der Existenz der DDR abgefunden. Auf der anderen Seite sprach einiges dafür kühlen Kopf zu bewahren und mit nüchternem Pragmatismus vorzugehen. Durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen eröffnete sich für die Vertreter der vor kurzem in die Souveränität entlassenen Bundesrepublik eine Chance auf der internationalen Bühne erstmals als Repräsentanten eines souveränen Staates Verhandlungen auf Augenhöhe führen zu dürfen. Eine solche Gelegenheit durfte nicht versäumt werden, zumal der Verbleib der 10 000 deutschen Kriegsgefangenen in den Mittelpunkt rückte. Als eine Abschreckung wirkte die Variante, die Übernahme der Kriegsgefangenen würde durch die DDR erfolgen. Insofern war es für den Kanzler ein Gebot der Stunde die deutschen Kriegsgefangenen so schnell wie möglich zurückzuholen und damit einer solchen Situation elegant zuvorzukommen. Des Weiteren sprach für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion die Tatsache, dass es sich um eine der vier Siegermächte handelte, die über die ehemaligen Ostgebieten Deutschlands ihren Einfluss geltend machte.

---

<sup>50</sup> Zitiert nach Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 76.

Die bevorstehende Reise Adenauers nach Moskau weckte bei dem Ost-Ausschuss Hoffnungen auf einen Vertragsabschluss mit der Sowjetunion. Diese Hoffnungen zeigten sich als trügerisch: Statt eine Vorbereitung eines Handelsabkommens durchzuführen, hatte sich der Ost-Ausschuss darauf einzustellen, dass in absehbarer Zeit mit solch einem Abkommen nicht zu rechnen sei. Der Versuch Otto Wolffs sich durch den BDI Präsidenten, Fritz Berg, einen Platz in der deutschen Delegation zu verschaffen, scheiterte.

### **6.3. Die Aufnahme der Adenauers Moskaureise bei den Westmächten**

Mit der Absicht eine Reise nach Moskau zu unternehmen, fand Kanzler Adenauer bei den Westmächten, vor allem bei den Amerikanern, keine Unterstützung: Die Eisenhower-Administration betrachtete die Ostinitiative des Kanzlers mit Argwohn. Die Amerikaner hegten den Verdacht, dass es sich bei der anstehenden Moskaureise um einen Versuch der Bundesregierung handele, sich durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen einen Vorteil im Osthandel zu verschaffen und wiederum äußerten ihre Besorgnis über eine mögliche Wiederholung von Rapallo.

Die amerikanische Administration zusammen mit den Briten setzte die Bundesregierung diesbezüglich unter heftigen Druck: Sie drängten auf eine Einbindung des deutsch-deutschen Warenverkehrs in das Embargo-Regime, was bisher bei der Bundesregierung auf sehr wenig Zustimmung stieß. Der US-Botschafter, James Conant, kam mit einer deutlichen Warnung: Sollte die Bundesregierung weiterhin die Eingliederung des DDR-Handels in das Embargo-Regime verweigern, droht Washington mit einer entsprechenden und zwar mit einer sehr negativen Reaktion zu kommen. Auf der anderen Seite wäre ein Entgegenkommen der Bundesregierung in dieser Angelegenheit in Washington durchaus willkommen und hätte „eine großzügige Handhabung von Ausnahmeanträgen“<sup>51</sup> seitens der Amerikaner zur Folge.

In Anbetracht der angespannten Lage entschied sich der Kanzler dem Drängen der Amerikaner nachzugeben: „Die Bündnispolitik sollte Vorrang haben gegenüber der Deutschlandspolitik.“<sup>52</sup> Für die Kontrolle des deutsch-deutschen Handels, der weiterhin als nationaler Handel wahrgenommen werden sollte, wurde ein eigenständiges Sondergremium

---

<sup>51</sup> Fäßler, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949-1958, S. 694.

<sup>52</sup> Zitiert nach Fäßler, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949-1958, S. 695.

SCom eingerichtet, dessen offizielle Gründung am 9. September 1955 erfolgte. Die hohe Zahl der von dem SCom erteilten Ausnahmegenehmigungen zeigte überzeugend einen saloppen Umgang mit den deutschen Anträgen.

Die zukünftige Entwicklung der Embargo-Politik durfte als Zeugnis des wachsenden Willens der europäischen Staaten den USA das Feld im Osthandel streitig zu machen und Handelsspielräume zur Durchsetzung eigener Interessen zu schaffen verstanden werden. In den Auseinandersetzungen mit den USA erwiesen sich die Europäer als eigenwilliger Partner mit dem zunehmenden Vermögen sich den Vorgaben der Weltmacht zu widersetzen. Die sich bildenden Kooperationsformate innerhalb der Embargo-Gremien dienten der westeuropäischen politischen Repräsentationen als eine Art „Testfeld“ der Integrationskraft des sich allmählich vereinigenden Europas und seiner Bereitschaft sich auf eine gemeinsame Position gegenüber den USA zu einigen. Der Bundesrepublik kam im Projekt der europäischen Integration eine aktive Rolle zu; es ging darum die wichtigsten europäischen Partner einzubeziehen und sich gegen die Einflussnahme der USA zu behaupten. Die Westeuropäer, einschließlich der Bundesrepublik, waren in dieser Hinsicht recht erfolgreich.

#### **6.4. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen**

Im September 1955 traf der Kanzler in Moskau mit der Absicht ein über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu verhandeln und die Rückkehr der verbliebenen Wehrmachtssoldaten in die Bundesrepublik sicherzustellen. Hingegen der Abschluss eines von dem Ost-Ausschluss angestrebten Handelsabkommens stand nicht auf der Tagesordnung, denn der Kanzler erachtete entgegen dem Unwillen des Ost-Ausschusses den Osthandel als etwas, was aus der Verhandlungen ausgeklammert werden sollte: *“In der von den Russen vorgeschlagenen Erörterung wirtschaftlicher und kultureller Fragen war ich entschlossen, größte Zurückhaltung zu üben. Auf keinen Fall sollten in Moskau wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund gestellt werden. Für künftige Verhandlungen mit Moskau steckt herein ein wesentliches politisches Moment, wie überhaupt wirtschaftliche Verhandlungen mit Russland immer in erster Linie von unser politischen Aspekt betrachtet werden müssen.”*<sup>53</sup>

---

<sup>53</sup> Zitiert nach Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 74.

Zur gleichen Zeit wie der Kanzler hielten sich Vertreter des Konzerns Krupp in Moskau auf, was für Ärger bei dem Kanzler sorgte. Der Kanzler setzte Alfried Krupp in Kenntnis, dass die Anwesenheit seiner Leute durchaus unerwünscht sei und mahnte ihre unverzügliche Abreise an: „*nun nicht die deutsche Industrie durch einen Ansturm auf Moskau die sehr schwierigen politischen Ergebnisse gefährdet.*“<sup>54</sup> Es war der erste von der ganzen Reihe der Konflikts zwischen dem Bundeskanzler und dem mächtigen Inhaber des größten Konzerns der Bundesrepublik.

Einen tiefgreifenden Wandel in deutsch-russischen Beziehungen brachte die Moskaureise Adenauers jedoch nicht. Die Bundesrepublik knüpfte zwar diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion; allerdings bestanden die früheren Wachsamkeit und das Misstrauen gegenüber der Ostmacht fort. Um zu demonstrieren, dass es sich mit der Sowjetunion um einen Einzelfall handelte und dass keinen weiteren Schritt in Richtung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den Ostländern zu erwarten war, erklärte die Bundesregierung kurz nach der Rückkehr Adenauers die Hallstein-Doktrin: Die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten wurde als ein feindlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik angesehen und bot für die Bundesrepublik Anlass zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit solchen Staaten, wie z. B. mit Jugoslawien 1957. Bis in die 70-er Jahre pflegte die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen mit den Ostländern; die Bundesrepublik verstand sich als der einzige legitimierte Nachfolger des geteilten Deutschlands.

---

<sup>54</sup> Käppner, Berthold Beitz, S. 225.

## 7. Der lange Weg zum deutsch-sowjetischen Handelsvertrag von 1958

### 7.1. Die ungünstigen politischen Vorbedingungen

Nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik standen in der Sowjetunion zwar die Zeichen auf eine Änderung in Richtung der Entspannung der Lage im Zusammenhang mit der Machtübernahme von Nikita Chruschtschow und seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der er die Verbrechen der Stalins Herrschaft ohne Hemmungen zu Tage förderte. Außer politischen Themen wurden etwas überraschend auch wirtschaftlichen Schwierigkeiten des sowjetischen Systems angesprochen, das nach wie vor nicht in der Lage war den breiten Massen der Bevölkerung einen erhöhten Lebensstandard nachhaltig zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang mahnte die sowjetische Führung sich der Schlüsselstellung des Handels mit dem Westen, voranging mit der Bundesrepublik und mit den USA, für die Modernisierung der veralteten Produktion bewusst zu sein und entsprechend zu agieren. Allerdings ging es dabei nicht *„um einen Rückkehr zum Weltmarkt, sondern nur um die Überwindung von Engpässen und die gezielte Übernahme westlicher Technologie.“*<sup>55</sup>

Diese kurz gelebte Tauwetterperiode konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sowjetunion jeder Zeit bereit war, etliche Versuche des Widerstands in den Ländern in ihrem Machtbereich mit unnachgiebiger Härte zu unterdrücken. Ein tragisches Beispiel dafür waren die Proteste der Bevölkerung in Ungarn, die in Blutvergießen mündeten und wurden von der sowjetischen Armee unbarmherzig niedergeschlagen. Für die Bundesregierung war von größerer Bedeutung die Tatsache, dass Chruschtschow keine Bereitschaft zum Einlenken in der Angelegenheit der von der Bundesrepublik gewünschten Wiedervereinigung Deutschlands zeigte und beharrte auf dem von seinem Vorgänger eingenommenen Standpunkt bezüglich der Staatlichkeit der DDR. Aus dieser Perspektive wurde die Intensivierung des Osthandels nicht als eine Priorität von der Bundesregierung angesehen und die sich daraus ergebenden Unannehmlichkeiten für die westdeutschen Unternehmer in Kauf genommen: *„solange nicht zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR offenen politischen Fragen einer Lösung näher gebracht worden sind. (...)Ich bin mir darüber klar, dass durch das Fehlen eines Handelsabkommens vielleicht manche wertvolle Beziehung für die deutsche Wirtschaft nicht entwickelt werden kann. Ich glaube jedoch, mit Ihnen einig darüber zu sein, dass*

---

<sup>55</sup> Schlarp, Zwischen Konfrontation und Kooperation, S. 164.

*wirtschaftspolitischen Erwägungen hinter den grundsätzlichen politischen Überlegungen zurücktreten müssen.*<sup>56</sup>

Des Weiteren zeigte die Bundesrepublik keineswegs Bereitschaft sich mit dem Verlust der ehemaligen deutschen Gebieten an Polen abzufinden; die Bundesregierung betrachtete die sich unter polnischen, bzw. unter sowjetischen Verwaltung befindenden Ostgebieten weiterhin als einen von Deutschland vorübergehend getrennten Teil seines Territoriums, dessen Status zukünftig zugunsten der Bundesrepublik gelöst werden muss.<sup>57</sup>

Von daher überrascht es nicht, dass sich die Bundesregierung in Sache des vom Ost-Ausschusses angestrebten Handelsabkommens keineswegs veranlasst sah, die Vorbereitungen in Angriff zu nehmen, bzw. erachtete den Handel mit der Sowjetunion weiterhin als eine durchaus politische Angelegenheit, wie der Bundeskanzler deutlich zum Ausdruck gebracht: *„dass man die Frage des Handelsvertrags und die wirtschaftlichen Wünsche der Sowjetunion als mögliches Druckmittel für spätere Zugeständnisse der UdSSR nutzen konnte.*“<sup>58</sup>

Gleichzeitig hatte der Bundeskanzler nicht vor, durch die Heranführung an die Sowjetunion das Verhältnis mit den USA Abtrag tun, zumal die USA eine durchaus negative Stellung zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nahm, was ein deutlicher Ausdruck bei der Forderung nach einer Eingliederung des deutsch-deutschen Handels in das Embargo-Regim fand.

Die Bundesregierung stellte sich zwar nicht dezidiert gegen geschäftliches Treiben mit der Sowjetunion; schließlich konnte der gegenseitige Warenaustausch einen anhaltenden Aufwärtstrend bei den Exporten als auch bei den Importen verzeichnen. Allerdings an eine verbindliche Vertragsordnung war in dieser Zeit gar nicht zu denken. Der Industrie blieb nichts anderes übrig, als sich auf den aktuellen Zustand einigermaßen einzustellen: *„Die Linie der*

---

<sup>56</sup> Schlarp, Zwischen Konfrontation und Kooperation, S. 171.

<sup>57</sup> Nach dem Krieg wurde im Rahmen des Postdamen Abkommens am 2. August 1945 der zukünftige Grenzverlauf zwischen Deutschland und der Volksrepublik Polen an der Oder und Nießen von den Alliierten festgelegt. Dadurch verlor Deutschland ein Viertel des deutschen Staatsgebiets in den Grenzen von 1937. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte am 7. Dezember 1970 im Warschauer Vertrag die Oder-Nieße Grenze an, bzw. nach der Wiedervereinigung Deutschlands verlangten die vier Siegermächte eine endgültige Anerkennung der Oder-Nieße Grenze als die notwendige Vorbedingung für die Zustimmung mit der deutschen Einheit.

<sup>58</sup>Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 83.

*politischen Führung lautete somit: normaler Handel - ja, normale Handelsbeziehungen – nein, oder: Handel ohne Wandel.”<sup>59</sup>*

## **7.2. Der Ost-Ausschuss übernimmt die Initiative**

Dieser ungünstigen außenpolitischen Situation zum Trotz verlief der gegenseitige Handel zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erfreulich gut.<sup>60</sup> Die Initiative übernahm der Ost-Ausschuss, der die bestehenden Kontakte zu den sowjetischen Vertretern weiterhin nutzen wollte, um mit den sowjetischen Vertretern über Regeln zur Schiedsgerichtsbarkeit oder über die bilateralen Zahlungsbedingungen zu verhandeln. Und so herrschte ein reger Gedankenaustausch zwischen dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses Wolff von Amerongen und dem sowjetischen Botschaftsrat, dem Jurij E. Medwedkow. Allerdings teilten die sowjetischen Vertreter dem verduztten Ost-Ausschuss mit, dass neuerdings seitens der Sowjetunion ein Interesse an einer verbindlichen Vertragsordnung nicht mehr gebe. Der Ost-Ausschuss sammelte jedoch inzwischen genug Erfahrungen in Verhandlungen mit den sowjetischen Vertretern um sich von seiner geschäftlichen Strategie durch unerwartete Umwälzungen nicht abbringen zu lassen. Und so nutzte der Ost-Ausschuss die anstehende Hannover Messe, um den sowjetischen Geschäftsleuten eine Einladung zukommen zu lassen. Im Gegenzug erhielten die deutschen Großunternehmer von den sowjetischen Vertretern eine Einladung in die Sowjetunion.

Die in regelmäßigen Perioden stattfindenden Messen, sei es in der Bundesrepublik oder auf den Boden des Ostblocks, erwiesen sich als eine durchaus geeignete Plattform für gegenseitige Treffens zwischen der westdeutschen Großindustrie und den am Handel mit der Bundesrepublik interessierten Vertretern des Ostblocks.

Im November 1956 machten sich die Vertreter der westdeutschen Großindustrie auf dem Weg nach Moskau. Diesmal wollten die Industrieller nichts dem Zufall überlassen und kein Risiko

---

<sup>59</sup>Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 113.

<sup>60</sup> „Seit 1952 hatte sich das Handelsvolumen mit der UdSSR jährlich verdoppelt und erreichte 1956 einen Wert von über halben Milliarde Mark. Seit 1956 war der Handel zwischen beiden Ländern für die Bundesrepublik im Plus, das heißt, Westdeutschland exportierte mehr in die UdSSR, als es von dort importierte. Hauptexportgüter in die UdSSR waren laut der Außenhandelsbilanz allerdings immer noch die schon 1953 in der Bundesrepublik bestellten Fischereischiffe. Ansonsten handelten westdeutsche Unternehmer vor allem mit Eisenblechen und ganz generell mit Eisen- und Stahlerzeugnissen und Produkten der Schwermaschinenindustrie.“ Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 94.

eines Konflikts mit den Regierungsstellen eingehen; daher vergewisserten sie sich, dass bei dem Auswärtigen Amt keine Vorbehalte bezüglich der Moskaureise bestanden. Angesichts der angespannten außenpolitischen Situation war eine Zurückhaltung erforderlich; nach der Beratung mit dem Auswärtigen Amt trafen die Industriellen, unter denen waren die führenden Firmen der Bundesrepublik, wie z. B. Krupp, Mannesmann, Siemens, DEMAG, AEG, eine Entscheidung, nach Moskau nicht eine hochrangige Delegation reisen zu lassen, sondern die reisende Gruppe als rein kaufmännisch und informativ zu fassen. Die Industrie wollte verständlicherweise verhindern, dass die in der Sowjetunion verhandelnden westdeutschen Unternehmer von der sowjetischen Regierung als überzeugender Beweis für die – ungeachtet des gewaltigen Treibens der Sowjetunion nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands in Ungarn - weitere Kooperation mit der Bundesrepublik präsentiert wären und so eine durchaus unerwünschte Reaktion bei dem Bundeskanzler und bei der Öffentlichkeit hervorgerufen wurde: *„Daher gebe es auch keine Notwendigkeit, im Nachhinein einen politischen Zug hineinzubringen. Immerhin waren die Unternehmensvertreter soweit politisch versiert, dass sie auf eigentlich vorgesehenen sowjetischen Abschiedsempfang am Ende der Reise verzichteten.“*<sup>61</sup>

Und tatsächlich erregte die von den westdeutschen Unternehmern als privat erklärte und möglichst unauffällig durchgeführte Reise in die Sowjetunion bei der Bundesregierung diesmal keinen befürchteten Anstoß. Allerdings zeichnete sich ganz zum Unwillen der Unternehmer auch keine Initiative in Richtung der Schließung eines Handelsvertrags ab; der Ost-Ausschuss sowie die Unternehmer beklagten zwar den unbefriedigenden vertragslosen Zustand im westdeutschen Osthandel und appellierten vorsichtig darauf, die Idee der vertraglichen Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen möglichst bald aufzugreifen. Gleichzeitig herrschte bei dem Ost-Ausschuss Klarheit darüber, dass die Bundesregierung in der empfindlichen Angelegenheit des Osthandels sozusagen der die Hebel der Macht bedienende Lotse ist, der die von den westdeutschen Unternehmern gewünschte Heranführung an die Sowjetunion weiterhin mit den politischen Zugeständnissen verband, wie Otto Wolff von Amerongen 1956 über seinem Beitrag zum Thema Osthandel im Handelsblatt in seinen Erinnerungen schrieb: *„Stark nämlich wurde diese Frage von emotionalen politischen Regungen überschattet. Ich plädierte deshalb in dem Artikel dafür, die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West nüchtern und leidenschaftslos zu betrachten und auf keinen Fall außer*

---

<sup>61</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 102.

*den ohnehin vorhandenen Erschwernissen weitere Ressentiments aufzubauen.*”<sup>62</sup>

Aus der Befürchtung, dass die Forderung nach einem Handelsvertrag mit der Sowjetunion von der Bundesregierung als Ansinnen empfunden wäre, hielt sich der Ost-Ausschuss eher zurück mit dem Hinweis darauf, dass zunächst die Politik die entsprechenden Maßnahmen und Initiative ergreifen müsse: *„Denn nur im Ostblock hatten wir mit staatlichen Handelsgesellschaften zu tun, die als verlängerter Arm ihrer Regierungen agierte und die amtliche Handelspolitik bis in das einzelne Geschäft exekutierten. Damit daraus nicht ein ungleicher Handel zu unseren Lasten wurde, brauchten wir eine Balance, und die konnte nur die Politik herstellen.*”<sup>63</sup>

### **7.3. Die Sowjetunion leitet eine Charmoffensive ein**

Der erste Schritt unternahm die sowjetische Seite; Anfang Februar 1957 übergab der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik dem Bundeskanzler einen Brief von dem Ministerpräsidenten Nikolai Bulganin, in dem er Unmut darüber äußerte, wie es um die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stehe und plädierte dafür, sich mit diesem Tatbestand nicht zufrieden geben und die Flaute möglichst schnell zu überwinden versuchen. Dabei wurden die Handelsbeziehungen und deren dynamischer Entwicklung und verträgliche Verankerung als ein Gebiet genannt, das sich für beide Seiten durchaus gewinnbringend erweisen könne: *„kolossale(n) Möglichkeiten für die umfassende Entwicklung der allseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zum gegenseitigen Vorteil der beiden Seiten.*”<sup>64</sup> Bereits nach drei Wochen ließ der Kanzler der sowjetischen Seite seinen Standpunkt zu ihrem Vorschlag zukommen, in dem er seine Beteuerung äußerte, die Bundesrepublik sei an einer Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kooperation interessiert.

Hinter der sowjetischen Initiative verbarg sich die Handhabe, ihre durch die tragischen Ereignisse in Ungarn schwer angeschlagene Reputation mit Hilfe einer engeren Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik einigermaßen ausgleichen zu dürfen. Die deutsche

---

<sup>62</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 82.

<sup>63</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 82.

<sup>64</sup> Schlarp, Zwischen Konfrontation und Kooperation, S. 180.

Seite hielt zäh an der Forderung nach der Verbindung der Verhandlungen über Handlungs- und Zahlungsabkommen mit der brisanten Problematik der Repatriierung der Deutschen aus der Sowjetunion als eine „conditio sine qua non“ fest. Eine wichtige Rolle spielten dabei die anstehenden Bundestagswahlen. Insofern war es durchaus nachvollziehbar, dass dieses in der breiten Öffentlichkeit oft diskutierte Thema für den Bundeskanzler, der sich ja um eine Wiederwahl bemühte<sup>65</sup>, ganz in den Vordergrund rückte.

#### **7.4. Der Anfang der mühsamen Verhandlungen über den Handelsvertrag**

Die Verhandlungen fangen im Juli 1957 an und zogen sich über fast ein Jahr hin. Der komplizierteste Punkt, an dem Abbruch der Verhandlungen drohte, war gerade die Repatriierung der Deutschen aus der Sowjetunion, bzw. wie viel Menschen die Möglichkeit zur Ausreise nutzen könnten. Diejenigen, die ihr Bekenntnis zu der deutschen Staatsangehörigkeit klar vor dem Jahr 1941 äußerten, oder auch diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach diesem Jahr bekamen?<sup>66</sup>

An der deutschen Seite reiste eine Delegation nach Moskau unter der Leitung von dem Sonderbotschafter Rolf Lahr, der über seinen Aufenthalt in den Briefen an seine Mutter ausführlich berichtete. Aus den Briefen lässt sich ableiten, wie anstrengend der nur schleppend vorangegangene Verhandlungsmarathon und die sich über acht Monaten erstreckte Anwesenheit für die deutschen Wirtschaftsdiplomaten in Moskau tatsächlich waren: „*was macht das Leben für den Gast in Moskau erträglich? Das Bolschoi-Ballett, der Kaviar und das Ausreisevisum.*“<sup>67</sup> Und in der Tat wurden die Delegationsteilnehmer in ihrem Alltag mit der sowjetischen düsteren Realität unmittelbar konfrontiert, so z. B. wurde von Anfang an eine freie Bewegung in der Hauptstadt oder außerhalb ihr völlig ausgeschlossen, es sei denn, sie holten sich zunächst eine mit großem Aufwand verschaffte Erlaubnis von den sowjetischen Behörden.

---

<sup>65</sup> Der Kanzler Adenauer bekam als erster und bisher einziger Bonner Regierungschef mit seiner Fraktion die absolute Mehrheit der Stimmen.

<sup>66</sup> Jüngerkes, S. 108.

<sup>67</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 109.

Die Verhandlungen selbst erwiesen sich als ein durchaus schwieriges Unterfangen und drohten an der Unnachgiebigkeit beider Seiten zu scheitern, sei es an den brisanten politischen Themen, die für die deutsche Seite untrennbar mit der Wirtschaftsproblematik verbunden waren, was jedoch bei den sowjetischen Unterhändlern auf Unwillen stieß, denn sie wünschten sich eine klare Ausklammerung der politisch heiklen Fragen von dem Handelsabkommen, oder an den sowjetischen Forderungen nach Meistbegünstigung in den wirtschaftlichen Fragen, was umgekehrt bei der bundesdeutschen Industrie auf starre Ablehnung stieß.

Um die in Sackgasse geratenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen und den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, sahen bald beide Seiten die Notwendigkeit den Wünschen des Partners einigermaßen entgegenzukommen an. Am Ende wurden die sich über acht Monaten hinaus hineingezogenen Verhandlungen von Erfolg gekrönt: Am 25. April 1958 kam es in Bonn zur Unterzeichnung des Handelsvertrags, dessen Gültigkeit für drei Jahren vereinbart wurde. Dadurch wurde die von den westdeutschen Unternehmern geforderte „Flexibilität“ gegenüber den sowjetischen Vertretern gewissermaßen gewährleistet, wobei sich die Sowjets mit ihrer auf Langfristigkeit angelegten Planwirtschaft ebenfalls mit diesem Ergebnis zufrieden geben konnten.

Eine gewisse Enttäuschung herrschte allerdings bei den westdeutschen Unternehmern in der Frage der Exporte der Konsumgüter in die Sowjetunion, von denen sie sich Volumen in Größenordnung erhofften. Der sowjetischen Seite fehlte jedoch das Vermögen diesem Wunsch der westdeutschen Industrie gerecht zu werden, denn angesichts der andauernden Nicht-Konvertibilität des Rubels mussten die Konsumgüter mit Devisen bezahlt werden, an denen es der Sowjetunion dauerhaft mangelte. Daraus ergab sich eine – wie sich später erwies durchaus begründete - Skepsis des Vorsitzenden des Ost-Ausschusses, Otto Wolff; der ahnte *„große Schwierigkeiten und warn(t)e vor falscher Osthandels-Romantik.“*<sup>68</sup>

Die von den beiden Vertragspartnern gesetzten politischen Ziele wurden erreicht: Das vor den Bundestagswahlen vom Bundeskanzler gegebene Versprechen, die Repatriierung der Volksdeutschen in die Bundesrepublik sicherzustellen, konnte er einlösen. Die sowjetische Seite kam mit dem Wunsch nach einer Errichtung des Konsulats in Köln, dem die deutsche Seite entsprach: *„denn die sowjetischen Händler wollten in die Stadt, wo nicht nur die*

---

<sup>68</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 114.

*wirtschaftlichen Spitzenverbände und großen Banken saßen, sondern mit dem Ost-Ausschuss auch ihr wichtigster nichtstaatlicher handelspolitischer Ansprechpartner.“<sup>69</sup>*

### **7.5. Der Ost-Ausschuss wuchs zu einem gefragten Partner heran**

Und in der Tat wuchs der Ost-Ausschuss binnen einiger Jahre zu einem bei den sowjetischen Vertretern großes Ansehen genießenden Partner heran. Die sowjetische Seite wusste, dass der Ost-Ausschuss über die notwendigen Gesprächskanäle zur Bundesregierung verfügte und deshalb nutzte die zahlreichen Konsultationen mit dem Ost-Ausschuss um sich über die Position der Bundesregierung zu erkundigen. Der Ost-Ausschuss hütete sich jedoch ausdrücklich davor, etwas aus der Osthandelsstrategie der Bundesregierung preiszugeben oder als ein Sprachrohr der Bundesregierung und der gesamten bundesdeutschen Industrie wahrgenommen zu werden. Dennoch sondierten die sowjetischen Vertreter bereits im Vorfeld bei dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses, Otto Wolff von Amerongen, welche Stellung die Bundesregierung und die Industrie zu einem Abkommen nähme.

Diesmal ließ niemand an der Teilnahme der Vertreter des Ost-Ausschusses an den Verhandlungen keinen Zweifel aufkommen. Im Gegenteil: Sie wurden von Beginn an in die Verhandlungen einbezogen nicht zuletzt deshalb, weil sich die sowjetischen Vertreter dafür aussprachen. Otto Wolff selbst entschied sich vorsichtshalber gegen seine Teilnahme an den Verhandlungen; er wollte den glimpflichen Verlauf der Verhandlungen und die Position des Ost-Ausschusses bei den Regierungsstellen durch seine Anwesenheit nicht in Gefahr zu bringen und sich wieder eine Anschuldigung nicht anhören zu müssen, ihm sei vor allem an einer Erwerbung der Vorteile im Osthandel gelegen.

Nach Moskau reiste deshalb Ernst-Wilhelm von Carnap, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses, mit der Aufgabe die Vermittlung der Interessen der bundesdeutschen Industrie und die Besprechung der zentralen Konfliktfelder, z. B. Schiedsgerichts- und Zahlungsbedingungen oder möglichst größere Flexibilität des Abkommens sicherzustellen. Dabei konnte sich der Ost-Ausschuss auf den Rückhalt des Wirtschaftsministerium stützen, denn der Ost-Ausschuss unter der Federführung von Carnap wurde vom Wirtschaftsministerium zunehmend als ein ausgewiesener Experte für die schwierigen

---

<sup>69</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 115.

technischen Fragen des Handels mit der Sowjetunion gefragt: *„Gerade in der zähen und sehr technischen Verhandlungen über außenwirtschaftliche Detailfragen griff die deutsche Delegation immer wieder auf den Sachverstand des Ost-Ausschusses zurück. Das Wirtschaftsministerium merkte rasch, dass es im Ost-Ausschuss keinen Konkurrenten, sondern einen Partner gefunden hatte. Beide, Ost-Ausschuss wie Wirtschaftsministerium, bemühten sich, die politischen Zugeständnisse zu Lasten der bundesdeutschen Wirtschaft in Moskau so gering wie möglich zu halten.“*<sup>70</sup>

Die sowjetischen Vertreter ihrerseits bestanden auf Langfristigkeit des vereinbarten Handelsabkommens und forderten von der Bundesregierung ihnen günstige Kreditbedingungen zu gewähren, was der Ost-Ausschuss mit allen Mitteln zu verhindern versuchte. Allerdings gewann die Politik die Oberhand: Um ihre politischen Ziele zu erreichen, sah sich die Bundesregierung gezwungen, der sowjetischen Seite in mancher Hinsicht, vor allem bei der wirtschaftlichen Fragen, entgegenzukommen. So standen die Kernforderungen der bundesdeutschen Industrie, wie verbindliche Liefer- und Abnahmebedingungen und die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit auch nach der Schließung des Handelsabkommens weiterhin im Raum. Der Ost-Ausschuss drängte darauf, dieses für die bundesdeutsche Industrie solch ein wichtiges Problem möglichst bald zu lösen. Bei den Gesprächen mit der sowjetischen Seite stellte sich jedoch heraus, dass sie zu solchem Entgegenkommen an der Bereitschaft fehlte. Übrigens auch die Bundesregierung beharrte in Einklang mit der bundesdeutschen Industrie darauf, der sowjetischen Seite keine Exportkredite zu gewähren, sondern die Abwicklung des Geschäfts mit der Sowjetunion durch Barzahlung durchzuführen.

Darüber hinaus zeigte sich für die sowjetischen Vertreter eine unangenehme, wenngleich angesichts ihrer bürokratisch und zentral gesteuerten Planwirtschaft durchaus nachvollziehbare Tatsache: Die meisten von ihnen angebotenen Lieferungen waren auf dem bundesdeutschen Markt schlicht nicht absetzbar: *„Nur der Verkauf von 120.000 Flaschen Krimsekt an westdeutschen Feinschmecker lief so problemlos, wie sich Medwedkow das auch für die anderen Einfuhren wie Hölzer, Rohöl, Baumwolle, Flachs, oder gar Autos vorgestellt hatte.“*<sup>71</sup>

---

<sup>70</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 115.

<sup>71</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 115.

## 8. Otto Wolff von Amerongen

In Otto Wolff von Amerongen gewann die Ostpolitik einen mit Charme und Entschlossenheit agierenden Anhänger der Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa, der in seiner Tätigkeit energischen Einsatz und angesichts der ungünstigen politischen Gegebenheiten den notwendigen Ausdauer mitbrachte. Er bewahrte sich die ganze Zeit eine durchaus realistische Weltanschauung und mahnte eine Nüchternheit und Pragmatismus im Osthandel an; diese ohne übertriebene Erwartungen durchgeführte Ostpolitik kam den im Osthandel engagierten Unternehmern nur zugute. Michail Gorbatschow bezeichnete ihn als: „den ältesten Pionier der Arbeitsbrigade Deutschland/Sowjetunion.“<sup>72</sup>

### 8.1. Der Anfang Otto Wolffs Karriere

Otto Wolff von Amerongen wurde am 6. August 1918 als unehelicher Sohn Otto Wolffs und Else Pieper, die bei Otto Wolff als Sekretärin eingestellt wurde, in Köln geboren. Sein Vater, der seinen Sohn später adoptierte, erarbeitete sich zu einem der bedeutendsten und einflussreichsten Industriellen der Vorkriegszeit. Allmählich baute er seinen Unternehmen auf und eröffnete binnen einiger Jahren Niederlassungen im Ausland, etwa in Amsterdam, Paris und Zürich. Danach fing er die Expansion in Richtung Osten an: Er wurde zum Gründungsmitglied des Russlandausschusses der deutschen Wirtschaft, der sich die Koordinierung und Finanzierung des Osthandels zur Aufgabe machte und zum Befürworter des Handels mit China, wo er sogar ein Büro unterhielt: „Wenn der Handel mit Russland und dem Fernen Osten in der Weimarer Republik einen Namen hatte, dann lautete er Otto Wolff.“<sup>73</sup> Um die Kreditfinanzierung des Osthandels sicherzustellen, wurde eine Industriefinanzierungs-Aktien-Gesellschaft Ost (IFAGO) ins Leben gerufen. Als Vorsitzender der IFAGO war der Präsident der IG Farben, Carl Duisberg, tätig, Otto Wolff wirkte als 1. stellvertretender Vorsitzender.

Die Karriere seines Sohnes, Otto Wolffs, begann in der väterlichen Firma: Er sollte sein Nachfolger werden. Doch die Zeit als Lehrling in der Firma wurde durch den Krieg unterbrochen; glücklicherweise verbrachte er eine relativ kurze Zeit an der Front, denn

---

<sup>72</sup> Zitiert nach Jürkenkers, *Diplomaten der Wirtschaft*, S. 139.

<sup>73</sup> Rudolph, *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg*, S. 232.

aufgrund seiner Verletzung wurde er nach Hause geschickt. Bereits im Jahr 1940 starb sein Vater. Nach der Rückkehr aus dem Krieg galt es für den Sohn sich eine Position in der Firma zu sichern. Er machte sich auf dem Weg nach Portugal, wo die Otto-Wolff Gruppe den Ausfuhr von Wolfram-Erzen ins Deutsche Reich sicherte. Wolfram war für das Deutsche Reich ein sehr kostbarer Rohstoff mit dem die Produktion von Stählen für Artilleriegeschütze und Panzer gewährleistet wurde und an dem es im Reich chronisch mangelte. Die Firma hatte sich daher auf Verhandlungen mit den Repräsentanten des autoritären Regimes Estado Nuovo einzulassen. Später versuchte Otto Wolff seine Beteiligung an diesen Geschäften zu verharmlosen, auch wenn er gewiss an den Verhandlungen mit der Salazar-Regierung teilnahm.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr in das besetzte Deutschland 1946 kam es zu seiner Internierung durch die Westalliierte. Bezeichnend für die verwirrenden Nachkriegsverhältnisse wurde die Tatsache, dass sich unter einem Dach diejenigen trafen, die in den kommenden Jahren an der Spitze der bundesdeutschen Industrie stehen sollten. Es war also das Gebot der Stunde die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und nützliche Kontakte zu knüpfen. Und genau das machte Otto Wolff; er lernte z. B. den Bankier Hermann Josef Abs kennen.<sup>74</sup>

Im März 1947 erfolgte seine Entlassung aus der Gefangenschaft und er durfte die Führung seines Unternehmens übernehmen. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Unternehmen binnen kurzer Zeit zu einem der größten und erfolgreichsten Konzerne der Bundesrepublik; sein Stahlhandelsunternehmen stand sich sehr gut: „*Der Gesamtumsatz der Otto Wolff-Gruppe betrug 1967, ein Jahr nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, rund 3 Mrd. DM.*“<sup>75</sup> Bereits im Jahr 1952 nahm die Firma Otto Wolffs das Geschäft mit der Sowjetunion ins Visier: „*um Portalkräne und andere Maschinen in die Sowjetunion zu liefern.*“<sup>76</sup>

---

<sup>74</sup> Hermann Josef Abs (1901-1994) war einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der Nachkriegszeit und eine Schlüsselfigur bei dem Wiederaufbau der Bundesrepublik. Er wurde nie ein Mitglied der NSDAP; dennoch bleibt seine Tätigkeit während des Krieges höchst kontrovers und umstritten. In der neu gegründeten Bundesrepublik wurde er Finanzberater von Bundeskanzler Adenauer und Vorsitzende der Deutschen Bank. Er verhandelte mit den USA über Wirtschaftskredite und 1955 reiste er im Auftrag der Bundesregierung als Leiter der deutschen Delegation nach London um über die Regelung der deutschen Auslandsschulden Gespräche zu führen, die mit der Schließung des Londoner Schuldenabkommens beendet wurden.

<sup>75</sup> Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 237.

<sup>76</sup> Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 236.

## 8.2. Sein Engagement für Osthandel

Sein Engagement für Osthandel wurde durch die Tätigkeit seines Vaters gewissermaßen vorbestimmt. Nach der Gründung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft wurde zum Leiter des Arbeitskreises für die Sowjetunion; im Jahr 1955 wurde er zum Vorsitzenden des Ost-Ausschusses und dieser Wahl zeigte sich als eine durchaus gelungene. Die anfängliche Unerfahrenheit auf dem Feld der Wirtschaftsdiplomatie überwand er schnell; er entledigte sich seiner Funktion sehr gut und hatte dieses Amt fast 50 Jahre inne: *„Otto Wolff von Amerongen pflegte das Erben des Vaters, nahm die besondere Herausforderung an und machte sich das Engagement für den Osthandel zur Lebensaufgabe.“*<sup>77</sup>

Angesichts der erfreulichen Entwicklung seines Unternehmens und seinem Engagement in Osthandelspolitik hatte sich Otto Wolff manche Kritik anzuhören. Er trotzte erfolgreich dem Vorwurf, er verschaffe sich durch seine Tätigkeit als Vorsitzende des Ost-Ausschusses viele interessante und lukrative Geschäfte und seine Firma Otto Wolff AG eine besondere Begünstigung bei der Aufteilung der Aufträge genieße. Mit der sich anbahnenden Neuen Ostpolitik wurde ihm mehrmals eine unangenehme Frage gestellt, in welchem Maße mit den aufgehäuften Aufträgen für seine Firmengruppe zu rechnen sei. Seine Antwort lautete, dass die *„steigende Tendenz in den Abschlüssen meines Unternehmens mit Staatshandelsgesellschaften mehr auf wirtschaftliche als auf politische Faktoren zurückzuführen“*<sup>78</sup> seien.

Außer seiner Tätigkeit als Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft wurde er Mitglied 40 Aufsichtsräten und Vorstände der großen bundesdeutschen Konzerns und Banken. Er wurde sogar als erster Deutsche ein Mitglied des größten Konzerns der Welt, des Ölkonzerns Exxon Corp. Im Jahr 1969 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, eines der wichtigsten Dachverbände der bundesdeutschen Wirtschaft, gewählt. Bei der Wahl des im Osthandel so stark engagierten Unternehmers spielten verschiedene Faktoren eine wichtige Rolle: Einerseits war es auf die hervorragende Vernetzung Otto Wolffs zurückzuführen, andererseits konnte es als Zeichen der sich abzeichnenden Verwandlung in Wahrnehmung der Osthandelspolitik verstanden werden: *„der Osthandel hatte das Odium des Verruchten, Landesverräterischen hinter sich gelassen und*

---

<sup>77</sup> Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 237.

<sup>78</sup> Zitiert nach Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg, S. 236.

war gesellschaftsfähig geworden. Als Unternehmer mit guten Kontakten ins sozialistische Ausland wurde man Ende der sechziger Jahre nicht mehr dem Verdacht der nationalen Unzuverlässigkeit ausgesetzt.“<sup>79</sup> Darüber hinaus wurde Otto Wolff zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), die er bis 1999 leitete.

Während des Kalten Krieges galt er als einer der besten Sachkenner in Fragen des Osthandels und der internationalen Politik überhaupt. Er wusste, was sich hinter den Kulissen abspielt und verstand es dieses Wissen zugunsten der bundesdeutschen Unternehmer zu nutzen. Er war ein hervorragender Netzwerker, der über exzellente Kontakte verfügte, sei es in den Regierungsstellen oder in den einheimischen und internationalen Wirtschaftskreisen. Seine Hartnäckigkeit und sein Durchsetzungsvermögen trat deutlich in Erscheinung, als er sich von der Verfolgung des eingeschlagenen Wegs in Richtung Osten trotz des Fehlschlags der Moskaureise 1954 nicht abbringen ließ. Es war nicht zuletzt seinem diplomatischen Geschick zu verdanken, dass die sowjetische Regierung trotz der kurzfristigen Absage der Moskaureise den Ost-Ausschuss weiterhin als unangefochtenen Vertreter der am Osthandel interessierten westdeutschen Wirtschaft anerkannte und sich von ihm nicht abwendete.

Von der aus den Bundestagswahlen 1969 hervorgegangenen sozial-liberalen Regierung erhoffte sich Otto Wolff vor allem eine neue Stellungnahme zur Ostpolitik. In den wirtschaftlichen Fragen konnte er zusammen mit anderen Industriellen der Regierung Willy Brandts jedoch keine guten Seiten abgewinnen. Allerdings schloss er sich denen, die an der Willy Brandts Ostpolitik eine starke Kritik übten nicht an, was von der Regierung durchaus willkommen geheißen wurde: *„Doch Helmut Schmidt rechnete es dem damaligen Ost-Ausschusses-Vorsitzenden und Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages noch 2011 hoch an, dass sich dieser auch während der verletzenden Auseinandersetzung um die Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs nie auf die Seite der schon scharf an der Grenze zur Hetzerei operierenden Kritiker des sozialliberalen Koalition geschlagen hatte.“*<sup>80</sup> Otto Wolff trat nie in eine politische Partei ein; stand jedoch den Freien Demokraten nahe und Scheel und Genscher zahlte er zu seinen engsten Freunden.

---

<sup>79</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 135.

<sup>80</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 135.

### 8.3. Otto Wolff von Amerongen nach der Wende

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im November 1989 kam für Otto Wolff von Amerongen eine sich über Jahrzehnte erstreckte Etappe seines Engagements für den Osthandel und für die Gestaltung der Ostpolitik der Bundesrepublik zu Ende. Ein Fernbleiben von den sich überschlagenden Ereignissen in Osteuropa und von den bisher ungeahnten Möglichkeiten bietenden Geschäften in den sich grundsätzlich ändernden Ostländern, bedeutete das jedoch nicht. Die große Wende, mit der die Wiedervereinigung Deutschlands einherging, stellte den Ost-Ausschuss und seinen Vorsitzenden vor neue Herausforderungen. Die wertvollen Erfahrungen, die der Ost-Ausschuss und Otto Wolff im Umgang mit den sowjetischen Partnern in den schwierigen Zeiten des Kalten Krieges sammelten, wurden weiterhin stark nachgefragt sowie die bereits angeknüpften hervorragenden Kontakte in den sich rasch transformierenden Ostländern.

Ebenso seine unternehmerische Tätigkeit wurde durch den Verkauf seines Unternehmens der Thyssen AG, der ihm ohne Zweifel schwer fiel, im Jahr 1990 nicht gebremst<sup>81</sup>. Bis Jahrtausendwende blieb er Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, einer Organisation, die er zusammen mit seinem Nachfolger im Amt, Klaus Mangold, nachhaltig prägte: *„Wenn ich vom Ost-Ausschuss rede, so denke ich dabei mit großem Respekt und großer Dankbarkeit an das Wirken von zwei außergewöhnlichen Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft. Ich spreche von Otto Wolff von Amerongen und von Klaus Mangold. Sie haben auch in schwierigsten Zeiten die Beziehungen mit Moskau und dem lange Zeit von Moskau abhängigen Teil Europas mit großer Verantwortung mitgestaltet – von der Wende und danach. Für mich wurden sie zu Wegbegleitern und zu Wegbereitern. Sie bewahrten sich stets ein unverkrampftes Bild der anderen Seite.“*<sup>82</sup>

---

<sup>81</sup> Seine Otto Wolff Industrieberatung und Beteiligung GmbH (Indurat) konzentrierte sich auf den Dienstleistungssektor, gerade in Osteuropa, wo er sich auskannte und wo er über Kontakte wie kein Zweiter verfügte. Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 139.

<sup>82</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der deutschen Wirtschaft, S. 7.

## 9. Berthold Beitz

Berthold Beitz prägte entscheidend die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde als „*der letzte Patriarch*“ der deutschen Industrie bezeichnet. Ungeachtet der Schwierigkeiten und Anfeindungen, die er sich aufgrund seiner mutigen Alleingänge einfallen lassen musste, wusste er sich durchzusetzen. Sei es bei den von ihm durchgeführten höchst gefährlichen Rettungsaktionen dem Tod geweihten Juden in dem von Nazis besetzten Polen, sei es in seiner Tätigkeit bei Krupp, wo er sich die Umwandlung des Konzerns in eine auf die friedliche Produktion ausgerichteten Firma zur Aufgabe machte und dieses Ziel mit Entschlossenheit und Konsequenz verfolgte, oder in seinem unermüdlichen Engagement trotz der herrschenden Hochzeit des Kalten Krieges für die Versöhnung und für die Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa, vor allem mit Polen und mit der Sowjetunion, trat sein starker Wille und seine innerliche Kraft deutlich in Erscheinung. Von Natur aus ein Einzelgänger, folgte er einem klaren inneren Kompass: „*Sein Lebensweg zeigt, was ein Mensch erreichen kann, der die Freiheit des Handels mit Mut und Verantwortung nutzt.*“<sup>83</sup>

### 9.1. Die Vorkriegszeit

Berthold Beitz wurde am 26. September 1913 als Sohn von Erdmann und Erna Beitz in einem kleinen Dorf Zemmin in dem pommersche Land geboren. Er wuchs in einfachen Verhältnissen: „*Nein, leicht im heutigen Sinne war meine Jugend nicht. Ich habe eigentlich immer gearbeitet.*“<sup>84</sup> Sein Wunsch Medizin zu studieren konnte nicht in Erfüllung gehen, denn er musste auf diesen Traum wegen der unbefriedigenden finanziellen Situation seiner Eltern verzichten. Stattdessen erhielt er einen Ausbildungsplatz zum Bankkaufmann bei der Pommerischen Volksbank im nahen Straslund. Nach seinem Engagement in der Pommerischen Bank wollte er die Welt kennen lernen. Er bewarb sich erfolgreich um eine Stelle bei Rhenania Ossag Mineralwerke in Hamburg, in einem Unternehmen der Ölgesellschaft Royal Dutch Shell: „*Für mich war Hamburg das Tor zur Welt.*“<sup>85</sup> Doch die Zeit trübte sich unausweichlich: Der Krieg stand vor der Tür. Beitz wurde zum Feldwebel der

---

<sup>83</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 532.

<sup>84</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 115.

<sup>85</sup> Zitiert nach Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 115.

Reserve und Offiziersanwärter mit der Absicht sich der SA oder SS entziehen zu dürfen. Schließlich ging er in das von Nazis besetzten Polen, wo er aus unmittelbarer Nähe die Brutalität und Unmenschlichkeit der Naziverwaltung erlebte. Nach dem Überfall der Sowjetunion 1941 wurde er nach Boryslaw geschickt, denn die Nazis brauchten einen tüchtigen Mann, der in der Lage wäre, die durch die besiegten Russen zerstörten Anlagen möglichst schnell in Ordnung zu bringen. An die genügenden Vorräte von Öl zu gelangen und dadurch die Engpässe zu überwinden, war für das Besatzungsregim und seine Rüstungsproduktion lebenswichtig. Mit 27 Jahren wurde Bertold Beitz zum Öldirektor in der Karpathen-Öl AG in Boryslaw, in einem Erdölgebiet Galiziens.

## 9.2. Seine Rettungsaktionen in Polen

Zusammen mit seiner Frau, Else Beitz, unternahm er viele lebensgefährliche Aktionen um die für Transporte in Konzentrationslagern bestimmten Juden in letzter Minute zu retten mit dem Argument, sie seien für seinen Betrieb als Facharbeiter unentbehrlich. Für diesen Zweck stellte er den betroffenen Menschen gefälschte Ausweise aus. Schließlich war er Direktor und als solcher musste er seinem Überordneten, dem Oberkommando des Heeres, Rechenschaft ziehen: *“Darauf berief ich mich immer, das machte Eindruck bei denen. Sonst wären die Rettungsaktionen in Boryslaw nicht möglich gewesen.”*<sup>86</sup> Den SS-Leuten gegenüber gab er sich als pflichtbewusst und behauptet mit Entschlossenheit, dass die Sicherstellung von Erdölproduktion von höchstem Interesse des Reiches sei und ließe sich nur mit hinreichenden Arbeitskräften erreichen: *“Ich stand auf dem Bahnsteg und spürte so etwas wie eine große innere Sicherheit, wenn ich Angst gehabt hätte, wäre ich verloren gewesen. Ich durfte keine Angst haben, und ich hatte sie auch nicht.”*<sup>87</sup>

Sein Engagement für die verfolgten Juden und seine Freundlichkeit gegenüber den Polen blieb nicht unbemerkt. Schon lange beobachteten manche Volksdeutsche sein Treiben mit Unmut und Unbehagen. Ende 1942 erstatten sie gegen den eleganten, gut aussehenden und selbstbewusst agierenden Manager Anzeige und er musste an der Gestapo in Breslau eintreffen. Das verhielt nichts Gutes und es konnte einem Todesurteil gleichkommen, dem er nur haarscharf entkam. Er verdankt sein Leben dem Jugendfreund aus Greifeld, Karl-Heinz Bendt, der sich der

---

<sup>86</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 76.

<sup>87</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 103.

Gestapo anschloss und der das Beitz-Verhör führte. Berthold Beitz erinnerte sich in den späten Jahren an seinen Freund und verschaffte ihm ungeachtet seiner Vergangenheit sogar eine Stelle bei Krupp. Durch dieses Erlebnis wurde ihm klar, wie viele Feinde sich um ihn in Boryslaw befanden und dass er niemandem mehr mit der Ausnahme seiner Frau Vertrauen schenken durfte. Die Neider in Boryslaw waren davon fest überzeugt, dass er über einen heißen Draht zu den höchsten Stellen verfüge. Seine Handelsspielräume wurden jedoch immer enger; im März 1944 erhielt er einen Befehl zur Front. Für sein mutiges Engagement wurde er am 7. Mai 1990 in Yah Vasehm, als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet. Über seine Taten in Polen sprach er sehr wenig; doch die, denen er durch seinen Mut ihr Leben rettete, vergassen den freundlich und menschlich handelnden Deutschen nicht und halfen ihm später die sonst geschlossenen Türen in Osteuropa zu öffnen. Er sah sich selbst nicht als einen, der gegen das verbrecherische Regime Widerstand leistete, an: *„Ich war kein Held, ich habe einfach als Mensch gehandelt.“*<sup>88</sup>

### **9.3. Der neue Beginn nach dem Krieg**

Bereits im Jahr 1944 ahnte er, dass der Krieg für die Deutschen verloren war. Ein Aufstieg in der Armee war ihm ohnehin gänzlich fremd. Er wurde von der Roten Armee auf einem Hof aufgehalten; um der befürchteten sowjetischen Gefangenschaft zu entgehen, schaffte er es noch rechtzeitig die Flucht zu ergreifen und sich in Sicherheit zu bringen. Beitz machte sich auf dem Weg nach Hamburg, wo seine Karriere vor dem Krieg begann. Der Zufall wollte es, dass er da seiner Sekretärin, Evelyn Döring, aus Boryslaw begegnete, die bei der britischen Besetzungsverwaltung eingestellt wurde. Die Briten planten gerade eine Gründung des Amtes zur Versicherung in der britischen Zone und brauchten jemanden, der die notwendigen organisatorischen Fähigkeiten besitzt und gleichzeitig nicht durch die nazistischen Aktivitäten belastet wurde, wobei unmittelbar nach dem Krieg solche Leute nicht im Überfluss vorhanden waren. Da bekam Berthold Beitz wieder eine Chance: Die Empfehlung von Evelyn Döring hatte eine Wirkung und er wurde von den Briten eingestellt. Binnen einigen Jahren ist ihm gelungen ein gut funktionierendes Amt aufzubauen. Doch bald ist ihm dieser Posten zu eng und er suchte nach neuen Herausforderungen: Bei der Iduna-Germania-Versicherung wurde er 1948 zum Vorstandsmitglied und zum Generaldirektor, der die Iduna-Germania nach einer Fusion mit der Vereinigten Leben-Versicherungsgesellschaft zur einer der erfolgreichsten und größten Versicherungsfirma in Westdeutschland machte.

---

<sup>88</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 100.

#### 9.4. Als Generalbevollmächtigte bei Krupp

Im Herbst 1952 traf Beitz eine Entscheidung, die sein Leben grundsätzlich ändern sollte. Er wurde von Alfried Krupp angesprochen und gefragt: *“Möchten Sie nach Essen kommen und mir helfen, den Konzern wiederaufzubauen?”*<sup>89</sup> Nach einer kurzen Überlegung stimmte er zu. Immerhin durfte solch eine verlockende Gelegenheit, bei dem größten und mächtigsten deutschen Industrieller zum Generalbevollmächtigten werden und die zukünftige Ausrichtung des Konzerns aktiv und selbstständig gestalten, nicht versäumt werden. Damit begann eine über Jahrzehnte andauernde durchaus gelungene Zusammenarbeit zwischen den beiden Männern, wobei sich Alfried Krupp jeder Zeit auf seinen Kollegen verlassen konnte und Berthold Beitz konnte sich umgekehrt ständig auf den Rückhalt des Alfried Krupps stützen.

Die Rückendeckung sollte er brauchen, denn die auf ihn wartenden Aufgaben erforderten ein unerschrockenes Vorgehen und vor allem einen Mann, der ein hohes Maß an Kraft und Mut und die Fähigkeit unverzüglich zu handeln besaß. Solch einen Mann fand Alfried Krupp in Berthold Beitz: Von der dunklen Nazi-Vergangenheit unbelastet und trotz seines relativ jungen Alters reich an Erfahrungen, war er ein durchaus geeigneter Kandidat, Krupps Botschafter im Westen als auch im Osten zu werden. Solch einen Mann konnte Alfried Krupp mit dem schwierigen Anliegen zugunsten des Konzerns anvertrauen. Er sollte die durch seinen Anteil an der Rüstungsproduktion während des Krieges schwer angeschlagene Reputation bei den Westalliierten zu verbessern und seine Rückkehr auf den Weltmarkt sicherzustellen.

Die Direktoren bei Krupp bereiteten ihm einen kühlen Empfang. Sie konnten es nicht fassen: Der selbstbewusst wirkende Mann, der den bescheidenden Verhältnissen entstammte und bisher keinen Bezug zum Ruhrgebiet hatte, schien das bedingungslosen Vertrauen des Alleininhabers des größten Konzerns Westdeutschlands zu genießen. Er verstand es, die ihm durch diesen Posten verliehene gewaltige Macht zur Durchsetzung seines Vorhaben, sei es die Umwandlung des Unternehmens in einen auf friedliche Produktion ausgerichteten Konzern, sei es die von ihm geplante Entschädigung der beim Krupp aufgesetzten KZ-Häftlinge durch den Konzern oder sei es sein Engagement im Osthandel, wo er zusammen mit Otto Wolff von Amerongen zum überzeugten Anhänger der Kooperation mit den Ostländern wurde, völlig zu nutzen. Durch die bewegten Ereignisse in Boryslaw entwickelte Beitz eine gewisse innerliche Distanz gegenüber den Menschen, denn er musste in tiefste menschliche Abgründe schauen.

---

<sup>89</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 152.

Dieses Misstrauen ließ er jedoch nach außen hin nie erkennen: Er war ein Charmeur, der die Leute durch seine Lebensfreude zu begeistern und für sich zu gewinnen wusste; er hatte eine Vorliebe für Jazz und wurde zum gefragten Gesellschafter. Er war auch ein leidenschaftlicher Sportler und Jäger. *„In die steife Förmlichkeit des Direktoriums, das sich einmal wöchentlich trifft, passt Berthold Beitz wie ein gut gelaunter amerikanischer Saxofonist zum Gesangsverein für heimatliches Liedgut. Er trägt maßgeschneiderte Anzüge nach neuester Fassung, hat das Aussehen und mitunter das Auftreten eines Filmstars; manchen erinnert er an Clark Gable.“*<sup>90</sup>

### **9.5. Der Wegbereiter der Ostpolitik**

Als sich 1954 der Konzern Krupp zur Förderung der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ostländern entschied, war es Berthold Beitz, der er mit der Aufgabe die östlichen Märkte für den Konzern zu gewinnen beauftragt. In seinem Engagement für den Osthandel fand Beitz eine neue Mission, die ihm zur Herzensangelegenheit wurde, auch wenn er dafür viel Kritik aus den höchsten Regierungsstellen ernte. Bei seinen zahlreichen Reisen nach Osten, vor allem nach Polen, stellte er fest, dass seine Taten in Boryslaw nicht in Vergessenheit gerieten, sondern die Erinnerungen an den Deutsche, der die Polen nicht mit Verachtung und mir Härte behandelt, nach wie vor sehr lebendig waren.

Als Erster meldet sich sein Mitarbeiter aus Boryslaw, Peter Ehrlich, der über seine neue Position beim Krupp erfuhr: *„Diese Nachricht hat mich besonders erfreut, Ihren Mitarbeiter aus Boryslaw. Oft denke ich zurück an diese schwere Zeit und an Ihre uns allen erwiesene menschenfreundliche Hilfe...Ferne forderte ihn dazu auf, die Zusammenarbeit mit Polen ins Visier zu nehmen: „Unser Land ist jetzt ein erstklassiges Absatzgebiet für Maschinen und andere Güter der Schwerindustrie, und es bestehen jetzt große Möglichkeiten für den Ost-West-Handel (und) für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.“*<sup>91</sup>

Seinem Engagement in Polen lagen nicht vordergründig die wirtschaftlichen Interessen zu Grunde, bzw. wurden von ihm als ein Mittel der Versöhnung mit dem Land, das unter der

---

<sup>90</sup> Käppner, Berthold Beitz, S. 159.

<sup>91</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 223.

deutschen Besatzung während des Krieges in solchem Maß litt, angesehen. Er entwickelte gute Beziehungen zu den polnischen Regierungsstellen, z. B. zum polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz, der Auschwitz und Buchenwald überlebte. Später erinnerte sich Beitz: *„Das waren denkwürdige Begegnungen mit dem Cyrankiewicz konnte ich sehr gut. Wir haben oft miteinander verhandelt, abends gemeinsam gegessen, ganz ohne Protokoll und Formalitäten. Das wäre heute gar nicht mehr denkbar.“*<sup>92</sup>

Die Polen warteten auf eine freundliche Geste seitens der Bundesrepublik; allerdings wurden sie angesichts der Besetzung der ehemaligen ostdeutschen Gebieten als Feinde betrachtet und eine politische Heranführung an Polen wurde ausgeschlossen. Selbst die vorsichtigen Versuche Adenauers in Richtung der Errichtung von Konsulaten zu vermitteln, scheiterten an dem Unwillen der konservativ eingestellten Wählerschaft seiner Partei, dem er Rechnung tragen musste. Es half nicht einmal die Kompromissbereitschaft des polnischen Ministerpräsidenten, Cyrankiewicz, auf die Forderung der Anerkennung der Oder-Niese-Grenze zugunsten der Annäherung vorübergehend zu verzichten.<sup>93</sup>

Im Unterschied zu Otto Wolff von Amerongen stand er dem Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft nie nahe; mit der Rückendeckung des Krupps wagte er mutige Alleingänge im Osthandel. Allerdings lag auf der Hand, dass solch einem Vorgehen der Bundeskanzler nicht tatenlos zusehen konnte. Ein heftiger Konflikt wurde durch seine nach Moskau unternommene Reise 1958 aufgelöst. Kurz vor seinem Eintreffen in Moskau beschloss die Bundesregierung einen Vertrag über den Waren- und Zahlungsverkehr. Berthold Beitz wollte die Entspannungssignale, die die Sowjetunion nach Stalins Tod setzte, nutzen: *„Der sowjetische Markt bietet der westlichen Welt viele Möglichkeiten für gute Geschäfte.“*<sup>94</sup>

Nach seiner Rückkehr in Essen bekam Beitz den Unmut seitens des Kanzlers deutlich zu spüren. Er behauptete, dass Beitz keine Notwendigkeit sehe, die zuständigen Regierungsstellen im Vorfeld über seinen geplanten Aufenthalt in Moskau zu informieren, weshalb er sich eine schroffe Anschuldigung von dem Kanzler anhören musste und zwar, dass: *„Zweifel an der*

---

<sup>92</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 235.

<sup>93</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 239.

<sup>94</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 229.

*nationalen Zuverlässigkeit des Herrn Beitz*“<sup>95</sup> bestehe. In dieser angespannten Lage griff Alfried Krupp ein: „*In besonderen Maße bin ich, Herr Bundeskanzler, über den Vorwurf betroffen, daß in bezug auf die Firma Krupp, d.h. also in bezug auf meine engsten Mitarbeiter und mich Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit angebracht seien. Meine Herren haben sich in Moskau aller politischen Äußerungen genauso enthalten, wie ich dies auf meinen zahlreichen Auslandsreisen getan habe. Ich glaube deshalb keine Gründe finden zu können, die diesen schweren Vorwurf rechtfertigen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Einladung zu dieser Reise meiner engsten persönlichen Mitarbeiter von dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan anlässlich seines Besuchs auf der Messe in Hannover in Gegenwart des Herrn Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers Professor Erhard ausgesprochen worden ist und daß über sie das Auswärtigen Amt durch Herrn Beitz persönlich unterrichtet worden ist.*“<sup>96</sup> Alfried Krupp machte also sehr deutlich, dass ein Zweifel an von ihm beauftragten Beitz der Anschuldigung an ihm selbst gleichkam.

Vor seiner zweiten Moskaureise 1963 bekam Berthold Beitz eine unerwartete Einladung von dem Kremlchef, Nikita Chruschtschow, der den Generalbevollmächtigten von Krupp persönlich empfangen wollte. Dabei wurde es in dieser Zeit um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten eher schlecht bestellt: Das sich durch die Berlin-Krise von 1958 und 1962 erheblich verschlechterte politische Klima stellte keinen Grund zur Euphorie dar. Durch den Bau der Berliner Mauer und angesichts der sehr geringen Bereitschaft der Amerikaner sich in dieser Angelegenheit auf einen Konflikt mit der Sowjetunion einzulassen, wurde die Existenz der DDR eine für die Westdeutschen vollendete Tatsache, gegen die sich in absehbarer Zeit nichts ausrichten ließ. Chruschtschow führte mit Beitz ein sehr offenes Gespräch: Die Westdeutschen sollten sich endlich mit der Existenz der DDR abfinden und die Nachkriegsgrenze im Osten akzeptieren. Die Sowjetunion sei an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik interessiert und die Gegner des Osthandels – eine klare Anspielung an den alten Adenauer - werden ihre Ämter auch nicht für die Ewigkeit innehaben. Dieses Treffen macht in den westdeutschen Presse Schlagzeilen.<sup>97</sup>

---

<sup>95</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 230.

<sup>96</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 231.

<sup>97</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 229.

Zur einen Auseinandersetzung mit Bonn führt es diesmal nicht, denn dem Gespräch ging eine Beratung mit dem neuen Außenminister, Gerhard Schröder, der sich später nach dem Ausscheiden Adenauers aus dem Amt in Einklang mit Ludwig Erhard für eine vorsichtige Annäherung an den Osten aussprach, vor. Sein Einsetzen auf dem Feld der Wirtschaftsdiplomatie brachte Beitz so zum Ausdruck: *„Wir waren damals zugleich wirtschaftliche Akteure und politische Pioniere. Ich möchte daher für alle, die diese Pionierarbeit geleistet haben, feststellen, dass erst die mehr oder weniger funktionierenden Wirtschaftsbeziehungen die politische Verständigung und die Entwicklung einer deutschen Ostpolitik ermöglicht haben.“*<sup>98</sup>

Berthold Beitz blieb dem Krupp- Konzern, der später zum ThyssenKrupp wurde, bis zu seinem Tod im Jahr 2013 treu. 1966 entlud sich Beitz der schweren Aufgabe, den Sohn Krupps zum Erbverzicht zu bewegen. Dadurch ermöglichte er die Umwandlung des Konzerns vom Familienunternehmen in eine GmbH. Aus dem Alleineigentümer sollte die Stiftung werden. Es war ein durchaus schwieriges Unterfangen, doch wieder einmal schaffte er sein Vorhaben durchzusetzen. Er war sich der Verantwortung für das von ihm nach Alfried Krupps Tod 1967 faktisch gesteuerte Unternehmen ständig bewusst. Überhaupt vertrat er einen von vielen als etwas veraltet ansehende Standpunkt, es sei wichtig, die in der Bundesrepublik erfolgreich umgesetzte soziale Marktwirtschaft weiter zu entwickeln und für das allgemeine Wohl in der Gesellschaft zu sorgen. Dazu gehörte nach seiner Auffassung auch die Verständigung mit den Ostländern.

---

<sup>98</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 260.

## 10. Die Verhandlungsstrategien der Wirtschaftsdiplomaten

Für die Wirtschaftsdiplomaten bedeutete die Entstehung der Bundesrepublik 1949 einen Neubeginn, der ihnen bisher ungeahnten Chancen auf steilen gesellschaftlichen Aufstieg brachte: *„wie sie wohl nur die Wiederaufbau- und Wirtschaftswunderjahre schreiben für den, der ihre Möglichkeiten zu nutzen versteht.“*<sup>99</sup> Die Durchsetzung fiel ihnen anfänglich schwer: Das Misstrauen seitens der bereits etablierten konservativ eingestellten Industriellen der Ruhrindustrie, die ihre Verhaltensweise oft als provozierend empfingen, bekamen sie deutlich zu spüren: *„Zur Runde im Essen tritt nur Berthold Beitz, in elegantem Anzug und Weste, mit Krawatte und Einstecktuch, jugendlichem Habitus und lockeren Auftreten, das volle Haar nach hinten gekämmt. An die überwiegend grauhaarigen Herren gewandt, deren Begeisterung sich erkennbar in Grenzen hält.“*<sup>100</sup>

Allerdings hatten die Wirtschaftsdiplomaten eine Zurückziehung nicht vor: Sie gingen mit Selbstbewusstsein und Gelassenheit vor und nahmen die Herausforderungen mit Mut an. Die Wirtschaftsdiplomaten stellten eine neue Generation von jungen westdeutschen Unternehmern dar, die ins verknöcherte Ruhrgebiet einen frischen Wind mitbrachten und sich auf der internationalen Bühne, sei es im Westen oder im Osten, mit diplomatischem Geschick bewegten. Angesichts der von ihnen ungeahnten Hindernisse in der Form der heftigen Auseinandersetzungen mit den Regierungsstellen sahen sie die Notwendigkeit die entsprechenden Verhandlungsstrategien zu wählen.

Es war für die Wirtschaftsdiplomaten das Gebot der Stunde nützliche Netzwerke aufzubauen, die ihnen bei der Konfliktlösung auf der höchsten politischen Ebene von Nutzen wären und ihnen einen Zugang zu ihr verschafften. Ungünstig für die Wirtschaftsdiplomaten wirkte der Umstand, dass sie auf ein sehr beschränktes Verständnis für ihre Tätigkeit bei dem konservativ-katholischen Kreis um Adenauer stießen, der sich nicht weigerte, die Wirtschaftsdiplomaten bei vielen Gelegenheiten schlagartig vor den Kopf zu stoßen und ihre Handelsspielräume unverzüglich einzuschränken. Sie waren in diesen Kreisen als Außenseiter wahrgenommen<sup>101</sup>; in dieser Hinsicht war ihr Verhandlungsfeld eng und ein bedächtiges

---

<sup>99</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 132.

<sup>100</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 155.

<sup>101</sup> Käppner, Berthold Beitz, S. 226.

Vorgehen war angesagt.

Allerdings wichen sie vor diesen nachteilig wirkenden Vorbedingungen nicht zurück. Dabei konnten sie sich auf das Gleichgewicht der großen Unternehmen und Verbänden, sei es der Krupp-Konzern, sei die Wolff-Group und der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft in denen sie sich engagierten, stützen. Dadurch wurden ihre Wirkungsmöglichkeiten gegenüber den Regierungsstellen verstärkt. Allerdings hatten sie ständig darauf achten, dass der Primat der Politik einen unangefochtenen Vorrang hatte. Ein Vorstoß gegen ihn hätte durchaus unerwünschte Konsequenzen zur Folge: *"Daher musste der Ost-Ausschuss gegenüber den Unternehmen auch vermitteln, dass dieser Primat im schlimmsten Falle auch das Recht mit sich brachte, bestehende Verträge in Schwierigkeiten zu bringen."*<sup>102</sup>

Diesen Schwierigkeiten zum Trotz wussten sie sich zu behaupten und sich mit Geschick am Rande des Möglichen vorsichtig zu bewegen. Nicht ohne Bedeutung waren auch ihre persönlichen Kontakte, die ihnen bei ihrer Tätigkeit nur zugutekamen. Ein gutes Beispiel dafür war die Otto Wolffs Freundschaft mit dem Bankier Pfermenges, der ihm in der heftigen Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler bezüglich der geplatzten Moskaureise beiseite stand und das hochrangige erklärende Gespräch mit dem Bundeskanzler ermöglichte. Nach Robert Pfermenges Tod 1962, verlor Otto Wolff nicht nur seinen schützenden Freund, sondern auch einen engsten Verbündeten, der ihm einen Zugang zum Bundeskanzler vermittelte<sup>103</sup>. Insofern war es nachvollziehbar, dass im Kampf gegen das Röhrenembargo Otto Wolff und damit auch der Ost-Ausschuss eine Zurückhaltung übte und ging auf eine Konfrontation mit dem Bundeskanzler nicht ein. Stattdessen versuchte er seine Gesprächskanäle in den Regierungsstellen zu aktivieren und dadurch ein Spitzentreffen auf der höchsten politischen Ebene über die nächste Ausrichtung des Osthandels zu organisieren.

Für Berthold Beitz war die schwergewichtige Stütze der größte Konzern der Bundesrepublik, bzw. ihr Alleininhaber, Alfred Krupp. Auf eine offene Auseinandersetzung mit dem mächtigsten westdeutschen Industriellen wollte sich der Bundeskanzler nicht einlassen. Dadurch wurden Beitz'Spielräume deutlich vergrößert. Der Krupp-Konzern wurde nie ein Mitglied des Ost-Ausschusses, denn er setzte ständig auf eine eigene Initiative und nahm eine Ost-Diplomatie auf, in der Berthold Beitz eine Hauptrolle zukam. Dabei konnte er sich auf

---

<sup>102</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 194.

<sup>103</sup> Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, S. 192.

Alfried Krupps Unterstützung und Rückendeckung ohne Befürchtungen verlassen und dadurch die Anschuldigungen des Bundeskanzlers, dass er national unzuverlässig sei, zurückzuschlagen. Später jedoch entwickelte er einen Modus vivendi mit dem Bundeskanzler; Beitz setzte auf die Strategie der kleinen Schritte und versuchte den Bundeskanzler in Gesprächen dazu bewegen, eine freundlichere Stellungnahme gegenüber den Ostländern, vor allem gegenüber Polen, einzunehmen: *Für mich war dieses Gespräch (mit Adenauer) eine Genugtuung, weil es bewies, daß wir auf dem richtigen Weg waren und daß Adenauer seine Vorbehalte von 1958 zurückgenommen hatte.*<sup>104</sup> Diese Mission scheiterte, denn für solche Initiative war die Zeit noch nicht reif.

Auf ein tiefgreifendes politisches Umlenken war in Adenauers Amt Zeit nicht zu denken; nicht einmal nach seiner Auslösung von dem Kanzleramt hörte er damit nicht auf, seinen Einfluss auf die Politik geltend zu machen. Erst mit dem Regierungswechsel 1969 begann eine neue Ära der westdeutschen Außenpolitik gegenüber den Ostländern. Damit änderte sich auch grundsätzlich die Rolle der Wirtschaftsdiplomaten; sie wurden als Experten, deren Leistungen im Osthandel in der Regierung eine deutliche Anerkennung fanden, gefragt und konsultiert.

---

<sup>104</sup> Zitiert nach Käppner, Berthold Beitz, S. 239.

## **11. Die sechziger Jahre und das Röhrenembargo**

Auch wenn die Zeichen in den sechziger Jahren trotz der sich abzeichnenden Krise, sei es die Berlin-Krise oder die Kuba-Krise, auf eine neue Dynamik und auf eine Bewegung in den Ost-West Beziehungen standen, kam es zu einem Eklat, der ein schweres Zerwürfnis zwischen der Adenauers Regierung und den Industriellen zur Folge hatte. Dafür sprach vieles dafür, dass sich die sowjetische Führung eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen wünschte; die Handelsbilanz in diesen Jahren fiel erfreulich aus. Aufgrund des Warensabkommens von 1958 sollte sich der Warenaustausch innerhalb von drei Jahren auf 1,2 Milliarden Mark verdoppeln. Im Jahr 1960 erreichte der Warenaustausch 1,4 Milliarden Mark.

### **11.1. Die NATO verhängt das Röhrenembargo**

Die Lieferungen der Ausrüstungen für russische Bergwerke und Erdölfelder bildeten die traditionellen Grundlagen der Geschäfte mit der Sowjetunion, die im Gegenzug die Versorgung mit Energierohstoffen sicherten. Allerdings betrachteten die Amerikaner diese Güter als Embargo-Güter, die dem Embargo-Regime unterliegen. 1958 zeigten die Amerikaner Bereitschaft, Großröhre von der Cocom-Liste zu entfernen. Dahinter steckte die Vermutung, die Europäer seien in absehbarer Zeit nicht dazu fähig, den Amerikanern in diesem Bereich das Feld streitig zu machen und Großröhre in Größenordnung zu exportieren. Als es sich jedoch binnen einigen Jahren deutlich zeigte, dass den USA in der westdeutschen Industrie ein harter Konkurrent aufwuchs, der von 1959 bis 1962 eine Produktion von 660 00 Tonnen Großrohre vorweisen konnte, so dass die Bundesrepublik mit ihrem Marktanteil von 80 Prozent an den Lieferungen von Pipeline-Großröhren in die Sowjetunion eine ausgezeichnete Spitzenposition einnahm, schlug es in den amerikanischen Regierungsstellen Alarm.

Die Amerikaner kamen mit dem Argument auf, dass die Sowjets durch diese Lieferungen an die strategisch wichtigen Güter gelangen würden, was schwerwiegende Folge haben konnte, zumal sich die Sowjetunion wieder mit Drohungen als eine Großmacht zu behaupten versuchte. Die Amerikaner kamen mit dem Vorwurf, die Sowjetunion mache die Europäer von ihren Öl Exporten abhängig und von daher galt es, diese Gefahr mit allen Mitteln zu verhindern. Der Versuch Großröhre auf der Cocom-Liste wieder zu setzen, scheiterte. Um die Durchführung der weiteren Aufträge einzustellen, sah sie die amerikanische Administration gezwungen, wirkungsvolle Maßnahme zu ergreifen. Sie erklärte die Geschäfte mit Großröhren

zur militärischen Bedrohung und wollte sie unverzüglich der Nato vorliegen. Die Nato kam mit einer Resolution: *„Die Mitgliedsländer sind aufgefordert, in eigener Verantwortung uns so weit wie möglich erstens Lieferungen von Großrohren (über 19 Zoll) aus bestehenden Verträgen an den Sowjetblock zu unterbinden und zweitens neue Verträge über solche Lieferungen zu verhindern.“*<sup>105</sup>

## **11.2. Die Bundesregierung setzt das Röhrenembargo in die Tat um**

Die Bereitschaft der Bundesregierung zur unverzüglichen Durchsetzung des Röhrenembargos, bedeutete für die westdeutschen Unternehmer ein Schlag ins Kontor. Schon wieder gibt die Bundesregierung dem amerikanischen Druck mit ihrer voreiligen Umsetzungsdisziplin nach, ungeachtet der Tatsache, welchen Schade dadurch die westdeutsche Industrie nehmen konnte. Die westdeutsche Industrie leistete insbesondere gegen die Verletzung der bereits vereinbarten Lieferungen einen heftigen Widerstand, denn nichts lag dem westdeutschen Unternehmer ferne, als sich unzuverlässig den Geschäftspartnern gegenüberzustellen und ihrer Reputation Abtrag tun: *„Die deutschen Exporteure hatten sich ihren internationalen Ruf nicht nur durch technisch hochwertige Güter erworben, sondern auch durch pünktliche Lieferung und überhaupt durch Vertragstreue.“*<sup>106</sup>

Auch wenn sich der Bundeskanzler der durchaus negativen Auswirkungen auf den im Osthandel engagierten westdeutschen Unternehmer bewusst war, zeigte er keineswegs Bereitschaft zum Einlenken. Wiederum wirkten politischen Hintergründe: Er wollte seinen etwas angeschlagenen Verhältnis zum Präsidenten Kennedy Abhilfe schaffen und von daher scheute er sich nicht vor Tricks und war bereit zu allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zuzugreifen. Drei Monate nach dem Inkrafttreten der Verordnung zum Röhrenembargo, ergriffen die Abgeordneten Initiative, um durch einen Mehrheitsbeschluss die Aufhebung der Verordnung zum Röhrenembargo zu bewirken. Doch diese Initiative lief ins Leere, indem der Kanzler den Bundestag beschlussunfähig machte. Nach wie vor galt der Primat der Politik; den Unternehmern blieb nicht anders übrig als diesen Gegebenheiten Rechnung zu stellen.

---

<sup>105</sup> Zitiert nach Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 210.

<sup>106</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 211.

Allen ungünstig wirkenden Umständen zum Trotz bemühten sich die Unternehmer um ein klärendes Gespräch mit dem Kanzler. Das Treffen kam erst im Juli 1963 zustande und aus der hochrangigen Teilnahme ließ sich entnehmen welchen hohen Stellenwert der Osthandel besaß. Das Ziel der Beratung mit dem Kanzler war über die Perspektiven des Ost-West Beziehungen und damit zusammenhängenden Wirtschaftsbeziehungen Klarheit zu schaffen: *„deshalb verlangten wir verbindliche Erklärungen, welche Akzente die Regierung für die Zukunft zu setzen gedenke, ob beispielsweise endlich damit zu rechnen sei, daß den deutschen Firmen die amtlichen Fesseln bei der Gewährung von Krediten mit den Ostblockländern abgenommen würden und sie insofern nicht mehr gegenüber der britischen, französischen, italienischen und japanischen Konkurrenz benachteiligt würden.“*<sup>107</sup>

Allerdings fehlte der Bundesregierung das Vermögen den Teilnehmern ein Versprechen zu geben, das sie auch einlösen konnte. Die auf Export in die Ostländer orientierten Unternehmer wollten sich erkundigen, ob es möglich wäre, langfristige Lieferkredite und ihre Absicherungen Unternehmern zur Verfügung zu stellen<sup>108</sup>, wie es bei den Konkurrenten schon längst Gang und Gäbe war.

### **11.3. Die geschäftliche Bilanz der 60-er Jahre**

Insgesamt lässt sich doch sagen, dass die 60-er Jahren trotz allen Widersprüchen und Strapazen mit dem Röhrenembargo einen erfreulichen Aufwärtstrend erwiesen. Die Bundesregierung schloss Handelsverträge mit Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn. Auch die staatliche Ausfuhrfinanzierung- und Absicherung entwickelte sich gut, wobei ein übereiltes Vorgehen wurde nicht angesagt. Der Ost-Ausschuss warnte mehrmals davor, eine Verschuldung des Ostens durch die Kredite voranzutreiben, denn langfristig hätte es durchaus unerwünschte Konsequenzen zur Folge. Am Ende der 60-er Jahre erlebten die westdeutschen Lieferungen in die Sowjetunion einen erheblichen Aufschwung: 1969 fast 1,6 Milliarden Mark.

---

<sup>107</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 215.

<sup>108</sup> Zwei private Gesellschaften, die Hermes Kreditversicherung AG und die Deutsche Revisions- und Treuhand AG, wickelten die Transaktionen im Auftrag und für Rechnung des Bundes ab, wobei vor allem Transfer-, Zahlungs-, Kurs- und seit 1966 dann doch auch Embargo Risiken abgedeckt wurde; bei den Krediten mit Laufzeiten über zwei Jahren musste der Bund zusätzlich Bürgschaften beziehungsweise Garantien übernehmen.

Diese erfreulichen Ergebnisse leiteten eine neue Epoche in den Beziehungen mit den Ostländern, die sich durch eine Verständigung und Versöhnung kennzeichnete, ein. Die Wirtschaft schaffte für die Neue Ostpolitik die notwendigen materiellen Voraussetzungen: Im Jahr 1970 kam ein Erdgasröhrengeschäft zustande, der mit der sich abzeichnenden Entspannungspolitik einherging: *„Ihm verlieh die Kompensationsvereinbarung Erdgas gegen Großrohre zusätzliches Gewicht, da sie die politische und ökonomische Bereitschaft zu einer langfristigen Zusammenarbeit mit handfesten ökonomischen Vorteilen für beide Seiten verknüpfte.“*<sup>109</sup> Diesem hervorragenden Geschäft lag die Vereinbarung für Abnahme von drei Milliarden Kubikmetern der Gaslieferungen ab 1973 im Zeitraum von 20 Jahren zu Grunde, was ein Wert in Höhe von rund 2,4 Milliarden DM bedeutete. Die Sowjetunion vereinbarte 1,2 Millionen Tonnen Großrohren für rund eine Milliarde DM bei der deutschen Stahlindustrie, die dadurch ihren bisher größten Auftrag erhielt. Zur Sicherung der Finanzierung wurde ein deutsches Bankkonsortium zusammengestellt, das einen Kredit von 1,2 Milliarden DM mit einer Laufzeit von zehn Jahren einbrachte.

---

<sup>109</sup> Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten, S. 220.

## 12. Fazit

Die Gründung der Bundesrepublik 1949 bedeutete für die sich in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang engagierten Wirtschaftsdiplomaten die „Stunde Null“. Die vor dem Zweiten Weltkrieg florierenden Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion wurden durch den Krieg und durch die politischen Gegebenheiten faktisch eingestellt. Mit der Absicht diesen entmutigenden Tatsachen Abhilfe zu schaffen, schlugen die westdeutschen Unternehmer einen durchaus schwierigen und in gewissermaßen abenteuerlichen Weg zur Wiederherstellung der Zusammenarbeit ein. Auf ihrem Weg wehte ihnen der scharfe Wind des Kalten Krieges entgegen: Zwischen den beiden Welten des geteilten Europas gähnte eine nur mit Schwierigkeiten überbrückbare Kluft und trotzdem versuchten die Wirtschaftsdiplomaten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln des Handels die Kluft zu überwinden und Brücken zu schlagen.

Dem anspruchsvollen Anliegen die Verständigung und die Versöhnung mit den Ostländern zu fördern und dadurch der Entspannungspolitik Türen zu öffnen, also dem „Wandel durch Handel“, wurden die Wirtschaftsdiplomaten trotz aller von ihnen ungeahnten Hindernissen gerecht.

Naturgemäß folgten sie bei ihrer unermüdlichen Tätigkeit auch ihren unternehmerischen Interessen: Schließlich geht es im Geschäft um Erträge und Gewinne. Doch gerade ihre zahlreichen Erfolge in solch einem schwierigen Unterfangen können als durchaus überzeugender Beweis für die Möglichkeiten der über scheinbar geschlossene Grenze agierenden Wirtschaft verstanden werden. Vor allem war es jedoch den mit Entschlossenheit und mit dem diplomatischen Geschick handelnden Wirtschaftsdiplomaten zu verdanken, dass sie den Mut aufbrachten, sich den verhärteten Strukturen zu widersetzen.

## Literaturverzeichnis:

- Fäßler, Peter, Bonn und das strategische Embargo, Institut für Zeitgeschichte, München – Berlin 2006
- Grunenberg, Nina, Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942 bis 1966, München 2007
- Jüngerkes, Sven, Diplomaten der deutschen Wirtschaft. Die Geschichte der Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Osnabrück 2012
- Karsten, Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991, Frankfurt am Main 2004
- Käppner, Joachim, Berthold Beitz. Die Biographie, München 2013
- Pohl, Manfred, Geschäft und Politik. Deutsch-russische/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988, Mainz 1988
- Schlarp, Karl-Heinz, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfangsjahre der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, Münster/Hamburg 2000
- Spaulding, Mark, Osthandel and Ostpolitik. German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer, Oxford 1997
- Stent, Angela, Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983
- Wolff von Amerongen, Otto, Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992
- Wörmann, Claudia, Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland, Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt am Main/New York 1982